



Wortprotokoll der 26. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 3. April 2019, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.800

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

- a) Antrag der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Kulturpolitische Aufarbeitung des Sammlungsgutes aus kolonialen Kontexten

BT-Drucksache 19/8545

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Hartmut Ebbing [FDP]

Abg. Brigitte Freihold [DIE LINKE.]

Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Erhard Grundl, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur kulturpolitischen Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes

BT-Drucksache 19/7735

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Berichterstatter/in:

Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Hartmut Ebbing [FDP]

Abg. Brigitte Freihold [DIE LINKE.]

Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Für die Bundesregierung nehmen teil:

Staatsministerin Monika Grütters, BKM

Staatsministerin Michelle Müntefering, AA

Sachverständige

Prof. Dr. Wiebke Ahrndt, Direktorin, Übersee-Museum Bremen

Dr. Manuela Bauche, Freie Universität Berlin,
Bündnis Decolonize Berlin

Dr. Guido Gryseels, Generaldirektor, Königliches
Museum für Zentralafrika, Tervuren, Belgien

Prof. Dr. Rebekka Habermas, Georg-August-Uni-
versität Göttingen

Prof. Dr. Hermann Parzinger, Präsident, Stiftung
Preußischer Kulturbesitz

Prof. Ludwig von Pufendorf, Rechtsanwalt,
Staatssekretär a. D.

Prof. Dr. Bénédicte Savoy, Technische Universität
Berlin

Prof. Dr. Louis Henri Seukwa, Hochschule für An-
gewandte Wissenschaften Hamburg

Prof. Johannes Vogel, Generaldirektor, Museum für
Naturkunde Berlin



Tagesordnungspunkt 1

a) Antrag der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Kulturpolitische Aufarbeitung des Sammlungsgutes aus kolonialen Kontexten

BT-Drucksache 19/8545

b) Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Erhard Grundl, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur kulturpolitischen Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes

BT-Drucksache 19/7735

Für die Bundesregierung nehmen teil:

Staatsministerin Monika Grütters, BKM

Staatsministerin Michelle Müntefering, AA

Sachverständige:

Prof. Dr. Wiebke Ahrndt, Direktorin, Übersee-Museum Bremen

Dr. Manuela Bauche, Freie Universität Berlin, Bündnis Decolonize Berlin

Dr. Guido Gryseels, Generaldirektor, Königliches Museum für Zentralafrika, Tervuren, Belgien

Prof. Dr. Rebekka Habermas, Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Hermann Parzinger, Präsident, Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Prof. Ludwig von Pufendorf, Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D.

Prof. Dr. Bénédicte Savoy, Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Louis Henri Seukwa, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Prof. Johannes Vogel, Generaldirektor, Museum für Naturkunde Berlin

Vorsitzende: Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zur öffentlichen Anhörung. Ich eröffne die 26. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Zu der Anhörung liegen uns zwei Anträge vor, zum einen der Antrag der Fraktion der FDP „Kulturpolitische Aufarbeitung des Sammlungsgutes aus kolonialen Kontexten“ (Drucksache 19/8545), zum anderen der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur kulturpolitischen Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes“ (Drucksache 19/7735).

Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, neun Sachverständige einzuladen, die uns zu diesem Thema beraten sollen. Ich begrüße Sie noch einmal alle gemeinsam: Herzlich willkommen, danke, dass Sie da sind und dass Sie uns mit Zeit und Rat zur Seite stehen. Begrüßen möchte ich auch die beiden Staatsministerinnen, die für das Thema in der Bundesregierung zuständig sind: die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Staatsministerin Monika Grütters, herzlich willkommen, und Frau Staatsministerin Michelle Müntefering, die im Auswärtigen Amt für die internationale Kulturpolitik zuständig ist. Wir freuen uns als Ausschuss auch, dass es so ein reges Interesse gibt, dass so viele Besucherinnen und Besucher da sind. Das zeigt uns, dass eine öffentliche Anhörung das richtige Mittel ist, um ein solches Thema und die Debatte darüber transparent zu machen und den Diskurs in die Breite zu tragen. Insofern haben wir, glaube ich, alles richtig gemacht, wenn wir jetzt eine öffentliche Anhörung veranstalten.

Ein paar Formalien am Anfang: Die Sitzung wird dauerhaft in der Mediathek zu sehen sein. Sie wird in einem Wortprotokoll dokumentiert und auch das Wortprotokoll wird veröffentlicht. Das



heißt also, wir schaffen so viel Transparenz wie irgend möglich.

An die Zuschauerinnen und Zuschauer gerichtet ein formaler Hinweis: Ich möchte Sie bitten, auf Beifall oder Unmutsbekundungen zu verzichten. Bild- und Tonaufzeichnungen, auch das sage ich noch einmal, sind nur akkreditierten Journalistinnen und Journalisten gestattet, es sind also keine eigenen Aufnahmen gestattet, die anschließend von Abgeordneten oder von Ihnen verwendet werden.

Wir haben uns darauf verständigt, dass zunächst die Sachverständigen die Möglichkeit erhalten, aus ihrer Sicht Impulse zu setzen und zum Thema zu sprechen. Der Ausschuss hat sich auf jeweils fünf Minuten verständigt. Ich werde Sie in der alphabetischen Reihenfolge aufrufen, das ist am unverfänglichsten. Es geht nicht nach Rang, Namen oder Bedeutung, sondern das Alphabet dient als Grundlage. Anschließend würde ich gerne den Staatsministerinnen das Wort geben, die das Eckpunktepapier (zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten) vorstellen wollen, aber natürlich auch auf erste Kommentare, Berichte, Hinweise der Sachverständigen eingehen sollen. Danach haben sich die Obleute auf zwei Fragerunden verständigt, die einem bestimmten Format folgen. Das sage ich nur deshalb, weil mit Sicherheit noch nicht alle, einige schon, aber noch nicht alle, in einer Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien gewesen sind. Die Fragerunden folgen einem Format: Jeweils eine Vertreterin, ein Vertreter der Fraktionen hat in jeder Fragerunde für drei Minuten das Wort. Es können in diesem Beitrag zwei Fragen gestellt werden, es dürfen damit zwei Antworten ausgelöst werden. Die Fragen dürfen nicht mehr Antworten auslösen, weil wir ansonsten mit der Zeit nicht auskommen und ins Uferlose geraten. Darauf haben wir uns verständigt. Wir hoffen, dass wir die Veranstaltung um 18.00 Uhr beenden können.

Ich möchte noch den Hinweis an die Mitglieder des Ausschusses richten. Wenn Sie Fragen an die beiden Staatsministerinnen richten wollen, stellen Sie diese Fragen in der ersten Fragerunde, denn

die Staatsministerinnen werden in der ersten Antwortrunde mit aufgerufen, um Ihre Fragen zu beantworten.

„Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“, man erkennt nicht nur am öffentlichen Interesse, dass das ein großes Thema ist, nicht nur in Deutschland, aber eben auch in Deutschland. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das Eckpunktepapier, die Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und Kommunen getroffen worden ist, heute schon in die Debatte einbeziehen. Es ist wichtig, dass Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Die Fragestellung skizziert eins unserer wichtigen politischen Handlungsfelder, und es ist dabei wichtig, dass die Parlamente einbezogen werden. Wenn es um die Notwendigkeit für gesetzgeberische Konsequenzen geht, und wenn es darum geht, eine Entwicklung nach vorne zu starten, sind die Parlamente wichtige Beteiligte, und zwar auch in der Aktion, nicht nur in der Reaktion. Auch dafür steht die heutige Ausschusssitzung, deshalb freue ich mich auf diese Anhörung.

Wie gesagt, ich rufe Sie in alphabetischer Reihenfolge auf und würde als Erster Frau Prof. Dr. Wiebke Ahrndt, der Direktorin des Übersee-Museums Bremen das Wort geben. Bitte schön.

SV Prof. Dr. Wiebke Ahrndt (Übersee-Museum Bremen): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich sitze hier heute als Direktorin des Übersee-Museums Bremen, aber auch als Leiterin der beiden Arbeitsgruppen beim Deutschen Museumsbund, die die Empfehlungen zum Umgang mit menschlichen Überresten und den Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten erarbeitet haben bzw. gerade überarbeiten.

Ich möchte mich auf drei Kernaussagen zum Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten konzentrieren:

1. Provenienzforschung

Provenienzforschung ist eine moralische Pflicht und Voraussetzung für einen verantwortungsvol-



len Umgang mit dem Sammlungsgut. Diese Kernaufgabe der Museen wurde in den vergangenen Jahrzehnten vielfach vernachlässigt. Wissenschaftliches Personal und Ressourcen für eine nachhaltige Sammlungsarbeit sind aufgrund von strukturellen Budgetverlusten oft verlorengegangen. Inzwischen werden an einigen Häusern mit Drittmitteln Provenienzforschungsprojekte durchgeführt, so auch am Übersee-Museum. Ergänzend zu einer hinreichenden Finanzierung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK), das sich dank der Beauftragung des Bundes für Kultur und Medien dieser Aufgabe angenommen hat, muss auch die finanzielle und personelle Ausstattung dauerhaft und merklich verbessert werden. Nur so kann die notwendige Provenienzforschung nachhaltig geleistet werden.

2. Digitalisierung

Wollen wir einen Dialog auf Augenhöhe mit den Herkunftsgesellschaften, ist Transparenz herzustellen. Digitalisierung und Online-Stellung der Sammlungsbestände sind hierfür zentrale Grundlagen. Transparenz ist auch die Basis für jede Form der Kooperation. Anfragen durch Herkunftsgesellschaften zum Austausch von Wissen sind in den Museen an der Tagesordnung. Infolge der fehlenden personellen und finanziellen Ausstattung stellt schon diese bescheidene Form der Kooperation eine echte Herausforderung dar. Wünsche nach gemeinsamen Forschungs- und Ausstellungsvorhaben sind in der Regel nicht zu erfüllen, werden aber insbesondere von den ethnologischen Museen erwartet. Die Pläne des Auswärtigen Amtes, mit einer Agentur für internationale Kooperation fördernd tätig zu werden, sind daher sehr zu begrüßen.

Erwähnt sei zudem, dass Forschungsk Kooperationen nicht ausschließlich Provenienzfragen gelten sollten. Dies schließt auch Forschung an menschlichen Überresten ein, sofern hierfür eine Zustimmung oder der Wunsch der Herkunftsgesellschaft vorliegt. Generell ist eine gemeinsame Online-Plattform zur zentralen Abfrage von Datensätzen wünschenswert. Sowohl die technische als auch die personelle Ausstattung dafür benötigt Mittel in angemessenem Umfang. Wir brauchen dringend eine Digitalisierungsoffensive. Eine zentrale

Anlaufstelle für Fragen zu kolonialen Sammlungsbeständen, Möglichkeiten der Kooperation und Fragen hinsichtlich Rückgabeersuchen würden sowohl für deutsche Museen als auch Herkunftsgesellschaften eine maßgebliche Unterstützung darstellen.

3. Rückgabe

Koloniale Kontexte waren oft gewaltsam, was sich auch in den Sammlungserwerbungen spiegelt. Beispielhaft seien hier die Strafexpeditionen genannt. Aber natürlich hat es auch andere Erwerbsumstände gegeben, die Recht und/oder Moral widersprechen. Deshalb hat es in Deutschland bereits Rückgaben gegeben, auch aus dem Übersee-Museum, und es wird sie in Zukunft geben, vielleicht auch vermehrt. Diese können gegebenenfalls auch von Museen selbst angeboten werden.

Wir sollten allerdings nicht per se davon ausgehen, dass alle Erwerbungen für die Museen gewaltsam oder unter Druck erfolgt sind. Bereits seit der frühen Kontaktzeit wurden Objekte aufgrund der erkannten Nachfrage speziell für Europäer angefertigt. Darüber hinaus kamen auch in dem kolonialzeitlichen Setting der strukturellen Ungleichheit Transfers von Objekten auf Augenhöhe aller beteiligten Akteure vor, zum Teil eingebettet in ein indigenes System von Tausch und reziproken Geschenken. Die Akteure in den Herkunftsgesellschaften pauschal zu Opfern zu deklarieren, ihnen jede eigene Handlungsmacht abzusprechen, entrechtet sie erneut. Stattdessen müssen das Wissen und die Perspektiven der Herkunftsgesellschaften Berücksichtigung finden und die Quellen zu kolonialzeitlichem Handeln und Kontext kritisch hinterfragt werden.

Die Rückgabebefragung ist auch deshalb so komplex, weil manche Herkunftsgesellschaft und Herkunftsstaaten gar keine Objekte aus europäischen Museen zurückbekommen möchten. Zum Teil besteht eher der Wunsch nach Kooperation als nach der physischen Rückführung von Objekten. Manche wünschen sich, dass wir ihre Objekte in unseren Ausstellungen zeigen oder diese als Dauerleihgaben oder 3D-Digitalisate zur Verfügung stellen. Gegebenenfalls haben sie auch außerhalb des



Museumsbereichs liegende Wünsche, zum Beispiel nach Entschädigungszahlungen oder Capacity Building. Andere haben nur an bestimmten Objektgruppen Interesse, zum Beispiel an Objekten mit religiöser Bedeutung, oder die Rückgabe ist innerhalb des möglichen Adressatenkreises umstritten. Dies kann auch für menschliche Überreste gelten. Selbst wenn durchaus der Wunsch nach Rückgabe vorhanden ist, kann gleichzeitig Interesse an weiterer Zusammenarbeit und Austausch bestehen. Daher sollten Gespräche ergebnisoffen geführt werden und sollte ermittelt werden, welche Bedürfnisse und Interessen die Gesprächspartner haben, statt alternativlos Rückgaben anzubieten.

Beim Thema Rückgabe stehen im Moment Fragen auf den rechtmäßigen Erwerb durch die Museen im Fokus der Debatte. Dabei sprechen wir von Raub und unterschiedlichen Facetten der Überverteilung sowie von Tausch, Kauf und Schenkungen. Aufgrund der schlechten Dokumentation kann hier in vielen Fällen aber schon keine abschließende Klärung der Erwerbsumstände mehr herbeigeführt werden. Noch schwieriger ist die Frage, nach wessen Maßstäben diese zu bewerten sind. Bei manchen Objekten ist die Frage des Erwerbs nicht von Belang, sondern stattdessen ist die besondere Bedeutung des speziellen Objekts innerhalb der Herkunftsgesellschaft entscheidend. Ich plädiere deshalb dafür, einen Dialog auf Augenhöhe mit den jeweiligen Herkunftsgesellschaften zu führen und mit diesen gemeinsam eine für beide Seiten angemessene Lösung zu finden, die auch eine Rückgabe sein kann.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir freuen uns auf Frau Dr. Bauche, bitte.

SV Dr. Manuela Bauche (Freie Universität Berlin/Decolonize Berlin): Vielen Dank auch von mir für die Einladung. Ich spreche hier einerseits als Historikerin mit einer Expertise in der Geschichte des deutschen Kolonialismus und der Geschichte der Medizin. Ich bin derzeit an der Freien Universität Berlin tätig. Und ich spreche andererseits als Teil des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Decolonize Berlin.

Ich möchte, nachdem es heute ja nicht nur um die Aufarbeitung kolonialen Sammlungsguts gehen soll, sondern auch um die Aufarbeitung von Kolonialismus allgemein, daran erinnern, worüber wir eigentlich sprechen, wenn wir von Kolonialismus im deutschen Fall sprechen. Das erscheint mir deshalb wichtig, weil viele Deutsche sich nach wie vor sehr positiv auf die Geschichte des deutschen Kolonialismus beziehen und weil sich offensichtlich auch die deutsche Bundesregierung recht schwer damit tut, eine unmissverständliche verurteilende Haltung gegenüber Deutschlands Kolonialvergangenheit einzunehmen.

Was also bedeutete Kolonialismus eigentlich, insbesondere für die vom Deutschen Reich beherrschten Gebiete und für ihre Bewohner und Bewohnerinnen? Zwei Punkte möchte ich nennen:

1. Kolonialismus war kein demokratisch verfasstes oder auch nur erträgliches System, in dem lediglich einige Ausrutscher passierten. Das ist eine Vorstellung, die unter anderem das Eckpunktetapier von Bund, Ländern und Kommunen nahelegt, wenn es feststellt, dass „während der Zeit des Kolonialismus (...) Unrecht“ geschehen sei. Fakt ist, Kolonialismus war ein Herrschaftssystem, das auf systematischem Unrecht basierte. Es baute auf der institutionalisierten Entrechtung der beherrschten Bevölkerung auf. Zentral dafür war das koloniale Recht, das eigens dafür erlassen wurde, insbesondere in der Form des sogenannten Schutzgebietsgesetzes. Dieses Gesetz sah zwei Rechtsbereiche vor, einen für die europäische Bevölkerung, für die große Teile des deutschen Rechts galten, unter anderem die Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts, des Strafrechts usw. Und es sah einen Rechtsbereich für die einheimische Bevölkerung vor. Für diese Bevölkerung galten lediglich Verordnungen. Diese Verordnungen wurden nach und nach ohne jegliche parlamentarische Kontrolle erlassen. Sie sahen weder Staatsbürgerrechte vor, noch das Recht auf demokratische Vertretung und sie boten keinerlei Rechtssicherheit für die einheimische Bevölkerung. Kolonialismus bedeutete also ein duales Rechtssystem, in dem die beherrschte Bevölkerung zu quasi rechtlosen Untertanen des kolonialen Staates gemacht wurde.



2. Es ist auch historisch falsch, zu behaupten, dass es in den vom Deutschen Reich beherrschten Gebieten „diverse Verbrechen“ gab, wie es der vorliegende Antrag der FDP-Fraktion nahelegt. Tatsache ist, Gewalt war eine zentrale und systemische Ressource in der Durchsetzung deutscher kolonialer Herrschaft, weil Kolonialismus die Herrschaft einer sehr kleinen Minderheit über eine sehr große Mehrheit bedeutete. In Kamerun beispielsweise lebten in den 1910er-Jahren gerade einmal 1.500 Europäerinnen und Europäer, das heißt also noch weniger Deutsche, und schätzungsweise 2,6 Millionen Afrikaner und Afrikanerinnen.

Um diese zahlenmäßig fragile Herrschaft zu sichern, übten Deutsche in systematischer Weise Gewalt aus. Zu dieser Gewalt zählten unter anderem alltägliche Prügelstrafen, die sowohl von Dienstherrn erlassen werden konnten als auch als gerichtliche Strafen erlassen wurden; es gab Zwangsarbeit; das, was Kolonisierende „Strafexpeditionen“ nannten und tatsächlich unzählige regelmäßige militärische Eroberungszüge waren; der Krieg der Deutschen gegen die widerständige Maji-Maji-Bewegung im heutigen Tansania mit schätzungsweise 300.000 Opfern; und der Genozid an den OvaHerero und Nama im heutigen Namibia mit mindestens 100.000 Opfern sind nur einige wenige Beispiele.

Das sind alles keine neuen Erkenntnisse, sondern ist seit Jahrzehnten durch Forschung gestütztes Wissen. Der aktuelle Status quo ist allerdings, dass es auf der einen Seite dieses lange etablierte Wissen, diesen lange etablierten Forschungsstand gibt, und wir auf der anderen Seite einen Staat haben, der für sich eine freiheitlich-demokratische Grundordnung reklamiert, der das NS-Regime zu Recht eindeutig als Unrechtssystem benannt hat, der inzwischen auch das SED-Regime als solches benennt, der sich aber weigert Kolonialismus ebenfalls unmissverständlich als Unrechtssystem anzuerkennen, siehe die Formulierung im Koalitionsvertrag. Das ist eine deutliche Schiefelage. Es gibt keinerlei historische Grundlage, um die Anerkennung von Kolonialismus als Unrecht zu verweigern. Im Gegenteil gibt es eine sehr breite historische Grundlage dafür, dass die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs

die Konsequenzen aus dem begangenen Unrecht tragen muss, indem sie sich bei den Opfern entschuldigt, indem sie entschädigt und indem sie proaktiv Mechanismen installiert, mit denen eine breite, öffentliche Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte stattfinden kann.

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Gryseels ist aus Belgien angereist, vielen Dank für die lange Anreise. Er ist Generaldirektor des Königlichen Museums für Zentralafrika in Tervuren in der Nähe von Brüssel. Sie haben das Wort, bitte.

SV Dr. Guido Gryseels (Königliches Museum für Zentralafrika): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, dass Sie mich eingeladen haben, hier an dieser Debatte teilzunehmen, die sehr wichtig ist, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien.

Ich bin Generaldirektor des Königlichen Museums für Zentralafrika, das 1898 von König Leopold II. als Kolonialmuseum gegründet wurde und die Kolonialaktivitäten Belgiens im Kongo unterstützen sowie als Propagandainstrument für diese dienen sollte. Ich vermute, dass das Museumsgebäude, das König Leopold II. erbauen ließ, stärker von kolonialen Bestrebungen geprägt ist als irgendein anderes Gebäude der Welt. Das Monogramm Leopolds II., das doppelte L, findet sich im Gebäude rund 45-mal. Überall stehen Statuen mit Namen wie „Belgien trägt die Kultur in den Kongo“ oder „Belgien bringt Wohlstand in den Kongo“, und in jeder Galerie finden sich Zitate von König Leopold oder König Albert, die besagen, dass die Kolonialisierung eine Mission der Hochkultur sei, dass sie Licht dorthin bringe, wo vorher Dunkelheit herrschte, und Gerechtigkeit dorthin, wo es zuvor keine Gerechtigkeit gab. Das Museum ist also sehr stark vom Kolonialismus geprägt. Und deshalb haben wir vor einigen Jahren mit einer Neugestaltung begonnen.

Problematisch war, dass unsere Dauerausstellung seit den 1950er-Jahren nicht mehr verändert wor-



den war. Sie vermittelte also noch immer die belgische Sichtweise auf den Kongo und Afrika aus der Zeit vor der Unabhängigkeit. Häufig bezeichnete man uns als das letzte Kolonialmuseum der Welt, weil das Museumsgebäude selbst so stark vom Kolonialismus geprägt ist. Wir haben also ein Programm zur Neugestaltung gestartet. Was wollten wir damit erreichen? Wir wollten ein Museum des heutigen Afrikas erschaffen mit modernen Themen wie Artenvielfalt, Ressourcen, Diaspora, und gleichzeitig wollten wir die koloniale Vergangenheit deutlich kritischer betrachten. Das hat viele überrascht, denn für viele waren wir das Symbol der kolonialen Vergangenheit Belgiens. Wir haben intern also ganz intensiv Gewissensforschung betrieben.

Man kann mit dem Blick von vor 100 Jahren auf die koloniale Vergangenheit blicken, als sie Symbol einer Art kapitalistischer Expansion war. Man kann den Kolonialismus aber auch aus heutiger Sicht betrachten, und dann kann man nur zu dem Schluss kommen, dass Kolonialismus als Herrschaftssystem ein System ist, das auf militärischer Besetzung, auf rassistischer, autoritärer Herrschaft beruht und auf der Ausbeutung eines Landes. Man kann also nur sagen, dass der Kolonialismus etwas seinem Wesen nach Unmoralisches ist.

Gleichzeitig gingen wir davon aus, dass wir als Museum auch Verantwortung für die Probleme der heutigen multikulturellen Gesellschaft tragen. Wenn man fast 70 Jahre lang die Botschaft verbreitet hat, dass die westlichen Kulturen den afrikanischen Kulturen überlegen sind, dann darf man nicht überrascht sein, dass das in der multikulturellen Gesellschaft der Gegenwart einiges an Rassismus hervorgerufen hat. Dafür haben wir Verantwortung übernommen. Das also zu den Neuerungen in unserem Museum, die ein großer Erfolg sind. Bei der Eröffnung waren 400 oder 500 Journalisten. Aus der Bevölkerung waren pro Woche 12.000 Besucher da. Meist geht es bei der Debatte um die Auswirkungen des Kolonialsystems, um unseren heutigen Blick auf die Kolonialgeschichte und natürlich, besonders seit der Veröffentlichung des Berichts von Felwine Sarr und Prof. Dr. Bénédicte Savoy, um das Thema „Restitution“, denn wir sind vermutlich das Museum mit den größten zentralafrikanischen Sammlungen der ganzen

Welt. Bei uns gibt es 135.000 ethnographische Objekte, es gibt zehn Millionen zoologische Exponate, vier Kilometer Archive, eine Million Fotografien etc. Was auch immer Sie sich vorstellen können, gibt es bei uns. Deshalb stecken wir natürlich mittendrin in der Debatte.

Woher kommen die meisten unserer Sammlungen? Also, damals in der Zeit des Kongo-Freistaates stammte einiges aus militärischen Feldzügen, einiges war Kriegsbeute. Wir haben vor ein paar Jahren in einer Ausstellung genau erklärt, wie unsere kolonialen Sammlungen zu uns gelangt sind. Einiges gelangte durch die koloniale Vergangenheit zu uns, und einige der Objekte wurden gespendet oder gelangten mittels wissenschaftlicher Expeditionen zu uns.

Wir haben zur Restitution eine sehr offene, konstruktive Einstellung. Dass sich ein so erheblicher Teil des kulturellen Erbes Afrikas im Westen befindet, halten wir für sehr besorgniserregend. Über diese Frage muss sehr ernsthaft nachgedacht werden. Häufig werden die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen angesprochen, die keine Restitution vorsehen. Unsere Haltung dazu ist: Zuerst muss eine gesellschaftliche Debatte geführt werden, und die Politik muss handeln. Dann kann der rechtliche Rahmen entsprechend angepasst werden.

Unserer Ansicht nach sollte der erste Schritt darin bestehen, dass Museen mit afrikanischen Sammlungen sich hinsichtlich ihrer Bestände offen und transparent zeigen. Das würde den Dialog mit den afrikanischen Behörden erheblich erleichtern. Ich gebe Ihnen dazu ein Beispiel: Vor ein paar Monaten war ich in Ruanda, wo der Direktor des ruandischen Museums zu mir sagte: „Ich bin Vorsitzender des Präsidialausschusses, der ruandische Kulturgüter im Ausland ermittelt. Ich habe keine Ahnung, wo ich anfangen soll, weil ich keinen Zugang zu den Beständen der europäischen Museen bekomme.“ Kurzfristig sind wir bereit, über die Rückgabe einiger Objekte von großem symbolischem Wert nachzudenken. Außerdem werden wir einen analytischen Rahmen entwickeln, innerhalb dessen eine Rückgabe von uns erwogen



werden kann. Und wir werden der Provenienzforschung deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen in Bezug auf die Anschaffung aller Sammlungen und die Bedingungen, unter denen der Austausch stattfand.

Zum Thema „Provenienzforschung“ möchte ich aber Folgendes sagen: Ja, wir sind sehr dafür. Ja, wir sollten hier mehr investieren. Aber es wird sich nur sehr schwer feststellen lassen, unter welchen Bedingungen ein bestimmter Gegenstand erworben wurde. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel geben: Die meisten unserer Sammlungen stammen von Missionaren. Wir wissen bei unseren Beständen genau, wer sie wann gebracht hat, wie sie verwendet wurden, aus welchem Dorf sie stammen etc. Allerdings wissen wir nicht, wie der jeweilige Missionar die jeweiligen Gegenstände damals erwarb. Hat er gesagt, „ich werde für euch beten“? Hat er für den Gegenstand bezahlt? Hat er den Menschen gedroht? Das steht alles nicht in den Akten. Und ich weiß nicht, inwieweit die Provenienzforschung uns Aufschluss darüber geben wird, unter welchen Bedingungen der Austausch stattfand. Wir sollten also von der Provenienzforschung nichts Unmögliches erwarten.

Wir sind auch der Meinung, dass über zwei Dinge gar nicht diskutiert werden sollte. Das Erste sind menschliche Überreste: Diese sind zurückzuführen, wenn berechnete Forderungen erhoben werden. Und als Zweites sind Kulturgüter, die in digitaler Form zurückgegeben werden können, zu restituieren. Außerdem Gegenstände, die aus Plünderungen stammen, darüber sollte gar nicht diskutiert werden.

Zuletzt möchte ich erwähnen, dass die meisten unserer Sammlungen aus dem Kongo stammen. Der Kongo hat kein Nationalmuseum. Die Kongolesen selbst sagen, Priorität habe für sie, die 85.000 Objekte zu bewahren, die sie noch in Kinshasa haben. Sie wünschen sich zunächst internationale Unterstützung beim Erhalt dieser Sammlungen, Restitution sei etwas Längerfristiges. Wir starten also ein umfangreiches Programm, mit dem wir die Kapazitäten im Kongo und in Ruanda stärken wollen. Außerdem bauen wir unser Programm „Artists in Residence“, „Journalists in

Residence“ und „Scientists in Residence“ für afrikanische Künstler aus, die sich mit unseren Sammlungen befassen möchten.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Gryseels. Frau Prof. Dr. Rebekka Habermas von der Georg-August-Universität in Göttingen, bitte schön.

SV Prof. Dr. Rebekka Habermas (Georg-August-Universität Göttingen): Ich übernehme, glaube ich, zusammen mit Dr. Manuela Bauche die Funktion der Historikerin. Das tue ich gern. Ich möchte mich darauf konzentrieren, der Frage nachzugehen, was und wie Kolonialgeschichte eigentlich erinnert werden soll. Dazu ist es dienlich, in die Geschichte zu gucken und sich die Geschichte des kolonialen Erinnerns und Vergessens anzuschauen.

Diese Geschichte beginnt direkt nach dem Ersten Weltkrieg. Was man beobachten kann, ist, dass damals eine regelrechte Kolonialnostalgie begann, die teilweise auch heute noch in Vorabendserien zu finden ist. Diese Kolonialnostalgie wollte glauben machen, dass „unsere Afrikaner“ und „unsere südlichen Schönheiten“ nur darauf warten, dass wir deutschen Kolonialbeamten wieder zurückkommen. Von der alltäglichen Willkür und Gewalt, dem Maji-Maji-Aufstand, aber auch von den medizinischen Experimenten und der sogenannten Erziehung zur Arbeit, die die Grundlage für die ökonomische Ausbeutung der Kolonien war, hat man geschwiegen. Es wurden gleichzeitig rührselige Geschichten von aufopferungsvollen Missionaren verbreitet, womit vergessen gemacht wurde, dass nicht zuletzt die Arbeit der Mission, die ja vorgab, Seelen zu retten – ob die nun gerettet werden wollten oder nicht –, maßgeblich dazu beigetragen hat, dem ebenso selbstgefälligen wie zynischen Bild Vorschub zu leisten, Europäer seien Menschen, die Zivilisation, Kultur und Fortschritt bringen, um zu retten, zu erlösen oder zu entwickeln. Verschwiegen wurde aber auch, dass die Mission nicht unerheblich dazu beigetragen hat, mit dem christlichen Gleichheitsversprechen die Unabhängigkeitsbewegungen der 1960er-Jahre mit Argumenten zu versehen, die dann der kolonialen Befreiung gegolten haben.



Beschwiegen wurde schließlich das gemeinsame koloniale Erbe, das auch darin besteht, dass die deutsche Wissenschaft wie die europäische Wissenschaft bis heute eng mit dem Kolonialismus verflochten ist. Weite Teile dessen, was wir heute lehren, sei es in der Botanik, in der Zoologie, aber auch in den Forschungen zum Alten Testament, konnten nur zutage gefördert werden, weil, um es zynisch zu formulieren, kolonialer Besitz eine maximale Nutzung von Raum und Menschen ermöglicht hat.

Was lehrt uns dieser Blick in die Geschichte des Erinnerns? Ich glaube, er lehrt uns als Allererstes, dass wir die Kolonialgeschichte nicht partiell erinnern können. Es geht um die Kolonialgeschichte, die Dr. Manuela Bauche benannt hat, die auf struktureller Willkür und struktureller Gewalt basierte und die der ökonomischen Bereicherung der Europäer diente. Es geht um die Kolonialgeschichte, die davon lebt, dass Europäer die Vorstellung hatten, sie seien Angehörige einer höherstehenden Kultur.

Zweitens können wir lernen, dass dieses Erbe bis heute wirkmächtig ist, sei es in unseren Köpfen, sei es in Straßennamen oder sei es auch in der Alltäglichkeit rassistischer Diffamierungen. Drittens, das ist, glaube ich, das Wichtigste, was wir lernen können: Es geht um eine gemeinsame Geschichte und darum, dass die Vergangenheitsbewältigung, um dieses große deutsche Wort, das man in keine andere Sprache übersetzen kann, zu bemühen, nur als eine gemeinsame Aktivität verstanden werden und nur dann gelingen kann.

Konkret heißt das, um zumindest auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einzugehen, dass es selbstverständlich einer Einrichtung bedarf, in der Erinnerungsarbeit geleistet wird, und dass diese Erinnerungsarbeit natürlich aus Bildungsarbeit bestehen muss, zu der im Übrigen die Goethe-Institute genauso viel beitragen können wie die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich seit Jahren schon darum bemühen. Sie muss sich, zweitens, um Öffentlichkeitsarbeit kümmern und, drittens, aus Forschung bestehen, ohne die wir trotz aller Forschung, die schon vorliegt, nicht wissen, um was es eigentlich gegangen ist.

Diese drei Säulen, und das ist mir wichtig, können nur funktionieren, wenn sie kooperativ erarbeitet werden. Kooperativ heißt: zivilgesellschaftliche Gruppierungen und internationale Expertinnen und Experten, selbstverständlich aus der ganzen Welt. Ohne eine solche Kooperation würde die Bundesrepublik Deutschland diese Vergangenheit, das ist mir wichtig, erneut entsorgen oder, wenn man so möchte, sich neokolonial aneignen, sei es als ein vermeintlich kleines Minderheitenthema, was nichts mit der deutschen Geschichte zu tun hat, sei es als nicht minder kleines akademisches Sujet.

Damit würden wir uns um eine einmalige Chance bringen, das ist mein letzter Punkt, nämlich Beziehungen zu den Teilen der Welt neu anzugucken und noch einmal neu zu strukturieren, die mit der Kolonialgeschichte auf besonders gewaltsame Art und Weise zu tun hatten. Das heißt also, es geht um die Chance, Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, die sich durch Respekt vor der gemeinsamen Vergangenheit auszeichnen und damit überhaupt erst den Ausgangspunkt bilden, um gemeinsam eine Zukunft zu gestalten, die eben, dieser kleine Seitenhieb sei mir erlaubt, insbesondere was Afrika anbelangt, nicht nur ökonomisch gesehen in Moment eher an China geht. Zu dieser neuen Grundlage gehört für mich eine offensive Restitutionspolitik, die ohne das bekannte Rettungsnarrativ auskommt und auch ohne Abwertung der ehemaligen Kolonien, die sich vermeintlich nicht um ihre Objekte kümmern. Dazu gehört genauso, nicht zu leugnen, wieviel Europa nicht nur in kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht, den sehr häufig, freilich nicht immer geraubten Objekten seit weit über 100 Jahren verdankt.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich muss leider die unangenehme Aufgabe wahrnehmen, auf das Zeitregime zu achten. Für alle, die vortragen: Sie sehen da oben die Uhr, sie dient Ihrer Selbstkontrolle, wie lange Sie geredet haben.

Herr Prof. Dr. Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Sie haben das Wort.



SV Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz): Vielen Dank. Ich denke, es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Kolonialgeschichte eine Geschichte von ungleicher Macht, Repression, Ausbeutung und Rassismus war und ist. Da gibt es nichts zu beschönigen. Diese Geschichte betrifft die Museen, aber nicht nur sie, denn Dekolonialisierung ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, einer Gesellschaft, die wie im heutigen Deutschland, von Zuwanderung geprägt ist.

In letzter Zeit ist viel passiert. Politik, Museen und Kulturverantwortliche haben sich durchaus aufeinander zubewegt und haben eine gemeinsame Richtung entwickelt. Die Museen wissen – und ich kann hier nur für die Museen sprechen –, dass sie sich bewegen müssen, und sie haben sich auch schon bewegt. Wir haben den Leitfaden des Deutschen Museumsbundes, es gibt die Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen, und während andere noch reden, gibt Deutschland ja bereits zurück: Das Linden-Museum hat die Witbooi-Bibel zurückgegeben, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) hat ein halbes Jahr vorher Objekte nach Alaska zurückgegeben. Das ist also bereits im Gang.

Provenienzforschung ist für diese Entscheidungen von zentraler Bedeutung, denn sie fragt nicht danach, in welchem Koffer ein Objekt nach Europa gekommen ist, sondern sie will die Erwerbsumstände rekonstruieren. Man muss immer den Gesamtkontext betrachten. Die Vorredner haben es bereits gesagt, natürlich ist es nicht bei jedem Objekt einfach, die Provenienz zu klären, denn man muss auch von Gebrauchsobjekten („Large Scale Collections“) ausgehen und in jedem einzelnen Fall wirklich genau rekonstruieren. Ich denke, man kommt nicht umhin, sich mit dem Kontext des Erwerbens auseinanderzusetzen. In dem Moment, wo er illegal war – wir haben es schon gehört, Raubkunst und Ähnliches, militärische Strafexpeditionen unter Zwang –, müssen die Dinge zurückgegeben werden. Wir bitten darum, dass man genau hinschaut. Es geht auch darum, wie Sammler, die auf bestimmten Kontinenten unterwegs waren, agiert haben. Dieses Agieren kann schon eine Menge über die Bewertung der Sammlungen aussagen. Es ist ganz wichtig, hier

differenziert zu betrachten. Das hat nichts mit Zeitgewinn oder Ähnlichem zu tun.

Die Beweislastumkehr wird von vielen Museen bereits praktiziert. Wenn eine Community oder ein Staat eine Anfrage an uns richtet, dann sagen wir nicht, dass sie erst belegen müssen, wie sie zu dieser Anfrage kommen, sondern wir schauen in unsere Bestände und prüfen, wie das Objekt erworben worden ist. Da ist schon Vieles im Gange.

Was die rechtlichen Grundlagen angeht, haben wir die Eckpunkte und wissen, dass die haushaltsrechtlichen Grundlagen erst noch geschaffen werden müssen, so dass Rückgaben möglich sind. Ich denke aber, das wird nach der Verabschiedung der Eckpunkte kein Problem mehr sein. Ich würde mir allerdings wünschen, dass man ethische Leitlinien möglichst international verabschiedet und einen internationalen Konsens herstellt, wie man mit diesem Thema umgeht – vergleichbar den Washingtoner Prinzipien, die ja Vieles bewegt haben, was Raubkunst betrifft.

Zusammenarbeit ist auch bei der Provenienzforschung zentral. Wir haben beispielsweise zwei Jahre lang mit den Chugach aus Alaska zusammengearbeitet. Sie haben aus unserem Bestand nur jene Objekte zurückgefordert, die nachweislich illegal aus Gräbern entnommen worden sind. Das stelle ich mir unter Provenienzforschung vor. Ähnlich arbeiten wir jetzt mit Tansania zusammen. Kooperation lässt immer die Möglichkeit zu, Dinge auch dann zurückzugeben, wenn man feststellt, dass Objekte nicht nachweislich illegal erworben worden sind, aber vielleicht für eine bestimmte Community von besonderer spiritueller Bedeutung sind. Es gab einen Fall aus den 1980er-Jahren, in dem die SPK solche Objekte an Zimbabwe zurückgegeben hat.

Es gilt, Vertrauen zu schaffen, Kooperation zu praktizieren und dann gemeinsam zu sehen, wie man mit diesen Dingen umgeht. Es bieten sich eine Menge Möglichkeiten. Die Erwartungen in den Herkunftsländern sind riesig und betreffen vor allem Zugang zu Beständen, Information, Partizipation bei Forschung und Ausstellungen. Wie



die Dinge beschriftet werden, das hören wir immer wieder, ist von essentieller Bedeutung, ebenso das Teilen der Deutungshoheit. Es geht um Shared History, denn es ist unsere gemeinsame Geschichte. „Shared“ heißt ja nicht teilen, sondern teilhaben, gemeinsam entwickeln. Wir haben zwei Kuratoren, die den Maji-Maji-Krieg im Tansania-Saal des Humboldt Forums aufarbeiten und ihn dort präsentieren werden. Es gibt Kooperationen mit Namibia, Angola sowie Communities aus Venezuela, Kolumbien und Brasilien, mit denen wir zum Amazonas-Tiefland zusammenarbeiten. Wir werden im Humboldt Forum auch den entsprechenden Raum präsentieren. Der chinesische Architekt Wang Shu wird den Raum zur Präsentation der chinesischen Hofkultur gestalten. Sie sehen, Vieles ist im Gang. Dank der Unterstützung gerade auch für das Humboldt Forum haben wir viele Möglichkeiten, denn man braucht Geld, es braucht Mittel, das zu tun, Leute einzuladen, hinzufahren, Kooperationen nachhaltig zu gestalten.

Transparenz, die auch schon genannt worden ist, ist enorm wichtig. Wir haben aktuell ein Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), in dessen Rahmen sämtliche Erwerbungsunterlagen des Ethnologischen Museums vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts digitalisiert und dann zur Verfügung gestellt werden. Es ist aber wichtig, die Unterlagen in einer Zentralstelle zusammenzuführen, denn es waren oft dieselben Sammler, die verschiedene Museen beliefert haben. Man sollte nicht immer wieder von vorn anfangen, sondern auf entstandenem Wissen aufbauen.

Lassen Sie mich enden mit den Human Remains. Hier kann es nur noch darum gehen, dass Provenienzforschung dazu dient, die Objekte an die Community zurückzugeben, die sie rechtmäßig empfangen sollte. Wir haben solch einen Fall und werden mit Mitteln der Gerda-Henkel-Stiftung im Herbst die Erforschung von 1.100 Schädeln abschließen. 700 davon waren falsch mit „Tansania“ beschriftet. Durch die Provenienzforschung stellt sich jetzt heraus, dass sie nach Ruanda gehören. Ich glaube, das zeigt, wie wichtig diese Arbeit ist. Immerhin hat man in zweieinhalb Jahren für 1.000 Schädel Klarheit geschaffen. Wir werden sie zurückgeben.

Wichtig ist, wie es weitergeht, denn auch für die Human Remains braucht es Forschung, braucht es eine Zentralstelle. Das ist wichtig.

Einen Erinnerungsort zu haben, das ist etwas, das mir sehr am Herzen liegt. Sie wissen, es geht um den Raum der Stille und die Initiative, die diese Idee vorgebracht hat. Ich glaube, man braucht so etwas. Aber vielleicht reden wir darüber noch, denn meine Redezeit ist um.

Vorsitzende: Sicher in der nächsten Runde. Vielen Dank. Herr Prof. von Pufendorf, bitte.

SV Prof. Ludwig von Pufendorf (Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt): Eingangs möchte ich zu verstehen geben, dass ich kein Experte in Fragen der Restitution kolonialen Kulturgutes bin, sondern etwas von den Restitutionserfahrungen übertragen kann auf dieses Feld der Kolonialkulturgutrestitution.

Ich halte es für ganz wichtig, dass die Provenienzforschung, von der Herr Prof. Dr. Parzinger gesprochen hat, möglichst vielseitig angelegt ist. Wir haben bei den Kunstrestitutionen von jüdischem Kulturgut die Erfahrung gemacht, dass die zu einseitige kunsthistorische Fixierung bei der Provenienzforschung oft nicht zu befriedigenden Lösungen führt. Deswegen ist es unabdingbar, die verschiedenen Wissenschaften, die hier hineinweisen, zu berücksichtigen und ernst zu nehmen.

Ich darf auf ein kleines Beispiel verweisen. Herr Prof. Dr. Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, hat in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.)* vor Kurzem eine Passage geschrieben, die ich unbedingt aufgreifen muss. „Schnell wurde deutlich“, das war nach einer Tagung im Juni vergangenen Jahres, „dass Namibia keinen Repatriierungsanspruch nach dem deutschen und internationalen Recht besitzt. Für eine Rückgabe sprechen aber ethische und politische Überlegungen.“

Das deckt sich mit vielen Diskussionen, die ich bei den Kunstrestitutionen in politischen Gremien



erlebt habe. Ich bin immerhin an vier der 16 Verfahren, die vor der Beratenden Kommission (Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz) verhandelt worden sind, beteiligt gewesen. Es wird in den politischen Gremien oftmals die Auffassung vertreten: „Das mag ja juristisch so sein, wie Sie vertreten haben, aber moralisch kann das nicht gelten.“ Die Trennung von Moral und Recht halte ich für verheerend. Es kann nicht angehen, damit zu unterstellen, dass dem Recht jeglicher ethische Kern fehlt. So können wir an diese Aufgabe nicht herangehen. Deswegen ist es ungeheuer wichtig – ich komme auf den Anfang zurück –, dass wir jedenfalls das in diesem Zusammenhang so wichtige Gebiet des Völkerrechts mit einbeziehen. Ohne völkerrechtliche Expertise kommen Sie in dieser Grundproblematik nicht weiter.

Die besten Ergebnisse für eine gerechte und faire Lösung haben wir immer erreicht durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Historikern und den Juristen. Immerhin steht ja auch in der Präambel der Washingtoner Erklärung, dass gerechte und faire Lösungen innerhalb des rechtlichen Rahmens der jeweiligen Staaten stattfinden müssen. Also nehmen wir diese rechtlichen Rahmen nicht positivistisch, sondern nach ihrem ethischen Gehalt mit wahr, weswegen es unbedingt erforderlich ist, das Völkerrecht mit zu bedenken. Wir haben heute eine Ethnologin mit am Tisch. Die Ethnologie ist zwingend erforderlich, die Anthropologie muss bedacht sein. Die Provenienzforschung ist so breit wie möglich anzulegen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt wäre Frau Prof. Dr. Savoy an der Reihe, die ich, glaube ich, nicht vorstellen muss. Bitte schön.

SV Prof. Dr. Bénédicte Savoy (Technische Universität Berlin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Staatsministerin Grütters, sehr geehrte Frau Staatsministerin Müntefering, sehr geehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich bin Historikerin, meine Expertise betrifft die

Entstehungsgeschichte der europäischen Museen im 19. und 20. Jahrhundert, mit einem Schwerpunkt auf Afrika, und ich spreche im Folgenden nicht von Sammlungen aus der Südsee, aus den Amerikas, aus Alaska oder Asien. Ich beschränke mich hier auf Afrika.

Erster Punkt, historische Fakten: Die gegenwärtige Präsenz großer afrikanischer Sammlungen in den Museen Europas ist ein Ergebnis der europäischen Kolonialgeschichte. Das ist ein historischer Fakt, der statistisch belegt ist. Wer heute behauptet, in Deutschland sei nicht kolonial gesammelt worden, oder wie in der Antwort der Bundesregierung vom 13. Dezember 2018 (Drucksache 19/6539) leider zu lesen ist: „Den Museen und daher auch der Bundesregierung liegen hierzu keine belastbaren Erkenntnisse vor“, wer so etwas schreibt, hat entweder keinen Willen zum Wissen oder macht sich des historischen Revisionismus schuldig. Die belastbaren Erkenntnisse, meine Damen und Herren, liegen sehr wohl vor. Sie wurden in den 1960er- und 70er-Jahren von den Museen selbst publiziert, als es den Museen noch nicht gefährlich erschien, solche Zahlen zu veröffentlichen. Für Afrika brauchen Sie nur den 1973 publizierten Jubiläumsband des Berliner Völkerkundemuseums auf Seite 106 aufzuschlagen, um diese belastbaren Zahlen zu finden. Sie lauten: 1880 3.361 Katalognummern aus Afrika, 1914 60.182 Katalognummern aus Afrika. Das ist ein Zuwachs von ca. 1.800 Prozent. Dasselbe gilt auch für kleinere Museen.

Erkenntnisse qualitativer Art, etwa über die Art und Weise wie, mit welchen Methoden, durch wessen Hände, was gesammelt wurde, finden Sie ebenfalls in alten Museumspublikationen. Die Erwerbungen, auf die sie besonders stolz waren, publizierten die Berliner Museen zum Beispiel in ihren amtlichen Berichten. Ich habe Ihnen ein eindrucksvolles Beispiel für ein Objekt aus Kamerun mitgebracht, dessen Erwerb die Berliner Museen 1908 besonders rühmten. Urteilen Sie selbst (Amtliche Berichte aus den Königl. Kunstsammlungen, 29. Jg, Nr. 4, Januar 1908, Spalte 92).

Zweiter Punkt, déjà-vu: Die Debatte, die wir heute führen, ist keine neue Debatte. Es hat sie schon einmal gegeben, in aller Ausführlichkeit, in aller



Öffentlichkeit und in ganz Europa zwischen 1978 und 1982. Einige hier waren noch nicht geboren, ich war sechs. Heute ist diese Debatte komplett aus unserem kollektiven Gedächtnis verschwunden, besser gesagt, sie ist aktiv erstickt worden. Wer erinnert sich heute noch, dass im Sommer 1982 Hildegard Hamm-Brücher, die man nicht des Aktivismus oder des Radikalismus bezichtigen kann, damals noch Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, sich öffentlich für Großzügigkeit bei der Rückgabe von Kulturgütern einsetzte? In einem Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* sagte sie: „Die Frage der Restitutionen wird in den kommenden Jahren zu einem der Hauptthemen der kulturellen Beziehungen werden. Es ist durchaus denkbar, dass aus Anlass des 100. Jahrestages der Unterzeichnung der Schutzverträge mit den ehemaligen deutschen Kolonien Togo und Kamerun in Afrika 1984 Kulturgüter zurückgegeben werden.“ Das war vor 37 Jahren. Nichts ist passiert! Warum?

Dritter Punkt, Abwehrmanöver der Museen und gewollte Intransparenz: Ich möchte an dieser Stelle das politische Archiv des Auswärtigen Amtes sehr loben und damit die in Deutschland herrschende Auffassung, historische Arbeit und Transparenz seien zentrale Elemente der Demokratie. Es war mir in den letzten Wochen möglich, im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Dokumente zu finden, die einem klar vor Augen führen, warum Frau Hamm-Brüchers Initiative vor 40 Jahren scheiterte. Um es kurz zu machen: Sie scheiterte am organisierten Widerstand von deutschen Museen und Kunsthistorikern.

Erlauben Sie mir, auch wenn es wehtut, einige Sätze aus zwei vertraulichen Dokumenten zu zitieren, die in jenen Jahren das Auswärtige Amt erreichten. In einer Handreiche über Restitutionen unter der Rubrik „Sauberer Erwerb“ ist zu lesen: „Der Begriff der Restitution muss abgewehrt werden.“ In der Diskussion um einen neuen Begriff wurde „Transfer“ eingebracht, der für die Bundesrepublik Deutschland viel brauchbarer erscheint.

Zweitens: In derselben Handreiche unter der Rubrik „Objektverzeichnisse“ ist zu lesen: „Vor der Herstellung solcher Listen wird sowohl von

Seiten unserer Völkerkundemuseen als auch der Kulturverwaltung gewarnt.“ So würden erst Begehrlichkeiten aus der Dritten Welt geweckt.

Drittens: In einem anderen Dokument steht: „Den Vorstehenden Überlegungen liegt die Annahme zugrunde, dass die Eskalation des Rückgabeverlangens der Länder der Dritten Welt weiter fortschreitet, dass daher eine teils abwehrende, teils hinhaltend nachgebende Stellungnahme zu den immer konkreter werdenden Forderungen als taktisch günstigste Lösung erscheint.“

Fazit: Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Art und Weise, wie in den letzten Wochen die Diskussionen hier verlaufen, möchte ich anregen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, dass Sie, erstens, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit der Museen nicht den Museen alleine überlassen und dafür sorgen, dass sich eine unabhängige Historikerkommission damit befasst, wie es in anderen sensiblen Bereichen üblich ist, und dass Sie, zweitens, darauf drängen, dass die Objektverzeichnisse, die Inventare der Museen, so wie sie heute sind, Zettelkataloge, Excel-Tabellen, PDFs usw., sofort veröffentlicht werden.

Ich bedanke mich.

Vorsitzende: Sie haben Gelegenheit auf das, was einführend nicht gesagt werden konnte, in der zweiten und dritten Runde einzugehen. Es werden alle noch einmal das Wort erhalten.

Nach dem Alphabet folgt jetzt Herr Prof. Dr. Seukwa von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Bitte schön.

SV Prof. Dr. Louis Henri Seukwa (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Verehrte Damen und Herren, ich möchte mich in diesem kurzen Statement nicht mit technischen Details aufhalten. Dafür gibt es genug Sachverständige in diesem Raum. Das Thema scheint mir eminent politisch zu sein, denn sowohl das politische Handeln als auch die politischen Normen fußen auf



einer politischen Ethik, die ihre Metasprache, also ihren Vektor und Kompass darstellt. Ich möchte deshalb mit Ihnen drei allgemeine Anmerkungen bezogen auf das zur Debatte stehende Thema der kulturpolitischen Aufarbeitung des deutschen kolonialen Erbes teilen und Fragen, die damit einhergehen, formulieren.

Die erste Anmerkung betrifft den strukturierenden Kontext der Debatte. Die Diskussion um die Aufarbeitung des kolonialen Erbes hierzulande ist eine Metonymie für Debatten im postkolonialen Kontext. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie immer noch unter Bedingungen von strukturellem und symbolischem Ungleichgewicht der Machtbeziehungen und Kräfteverhältnisse zugunsten der ehemaligen Kolonialmächte stattfindet mit dem Unterschied, dass dank Migration und Prozessen der sozialen Hybridität, der Kolonisierte, respektive sein Nachkomme, heute auch Zugehöriger der kolonialen Gesellschaft ist. Er hat nicht nur mehr Bewusstsein für die Kolonialgeschichte und ihre Folgen für die Gegenwart, sondern auch und vor allem einen moralischen Vorteil gegenüber den ehemaligen Kolonisatoren, denn er weiß, um Aimé Césaire zu zitieren, „dass der Herrscher nicht die Wahrheit sagt und seine Überlegenheit gestern wie heute nicht auf Werten fußt, sondern auf der Kraft der Gewalt, deren diskursive und ideologische Legitimation er zu beherrschen vermag“. Diese, der postkolonialen Debatte zugrunde liegende Strukturierung führt dazu, dass die ehemals Kolonisierten immer auf den guten Willen der ehemaligen kolonialen Macht angewiesen sind, ob, wann, worüber, wie, mit wem sowie mit welchem Erfolg verhandelt werden kann. Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob die involvierten Akteure in der Lage sein werden, sich dieser Grundstrukturierung der postkolonialen Debatte zu entziehen.

Meine zweite Anmerkung betrifft die Ethik der Aufarbeitung. Angesichts der ethischen Dimension, die dieser Debatte zugrunde liegt, angesichts der Immensität der kolonialen Verbrechen und deren Kontinuität in Form von postkolonialen Absurditäten und Gewalt in der Gegenwart, angesichts der Tatsache, dass all dies letztendlich unsere Werte, auf die wir Europäer und Deutsche so stolz zu sein scheinen, mit der Frage konfrontiert,

ob wir zivilisiert oder Barbaren sind, scheint es mir sinnvoll, die Frage zu diskutieren, wie eine Ethik der Aufarbeitung implementiert werden kann, die sich ohne jegliche List dem Vierklang Entschuldigung, Entschädigung, Transparenz und Restitution als Grundlage einer gerechten Versöhnung verpflichtet.

Meine dritte Anmerkung betrifft die normative Voraussetzung der Rehabilitation und Versöhnung. Wie kann in diesem Prozess der Aufarbeitung eine reale Partizipation, also Teilhabe und Dialog mit ehemals kolonisierten Ländern, unter Bedingungen von Machtasymmetrien stattfinden? Es bietet sich an, dass der Stärkere, der zugleich historisch der Täter ist und moralisch eine unvergessliche Bürde auf dem Gewissen trägt, die Möglichkeit ergreift, sich zu rehabilitieren, denn im Prinzip ist nur der historisch Besiegte, der Überlebende und Nachkomme der kolonialen Barbarei, gestern wie heute in der Lage, den Kolonisator moralisch zu rehabilitieren. Ob diese Rehabilitation stattfinden kann, hängt vom Sieger ab. Der Patient muss sich heilen lassen wollen. Dies geht nur, wenn er auf das, was ihn zum Kranken gemacht hat, nämlich die rohe und symbolische Gewalt zum Zweck seiner hegemonialen Macht, verzichtet, um sich reumütig, demütig und partnerschaftlich in einem therapeutischen Dialog mit dem Opfer, dessen Nachkommen und all denjenigen die an Werte der Menschlichkeit und der globalen Solidarität glauben, zu begeben.

Sie verstehen schon, meine Damen und Herren, wie zufriedenstellend und nachhaltig diese Aufarbeitung des kolonialen Erbes sein wird, hängt jenseits von politischen Absichtserklärungen maßgeblich von der Art und Weise ab, wie der Gesamtprozess ethisch, verständigungsorientiert gestaltet wird, und hängt von der effektiven Partizipation der Nachkommen derjenigen ab, denen Unrecht durch Kolonialismus angetan worden ist in allen Etappen des Prozesses. Wenn dies nicht geschieht, laufen wir Gefahr, in einem Prozess, in dem es letztendlich um die Heilung der Gewalttäter durch eine gerechte Versöhnung mit dem Opfer geht, Gewalt zu reproduzieren.

Ich schließe mit einem Zitat von Kierkegaard ab:



„Genauso wichtig wie die Wahrheit und noch mehr ist die Art und Weise, wie sie akzeptiert wird. Und es wäre nicht sehr hilfreich, Menschen dazu zu bringen, die Wahrheit anzunehmen, wenn sie durch die Art und Weise, wie sie dazu gebracht wurden, sie zu akzeptieren, aus ihr herausgeworfen würden.“

Ich bedanke mich.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Vogel, der Generaldirektor des Museums für Naturkunde Berlin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

SV Prof. Johannes Vogel (Museum für Naturkunde Berlin): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Frau Budde, liebe Abgeordnete, liebe Staatsministerin Grütters, liebe Staatsministerin Münterfering.

Ich bin Generaldirektor des Museums für Naturkunde und ich bin Genetiker. Es ist hier viel gesagt worden, wozu meine wissenschaftliche Ausbildung mir vielleicht eine Meinung, aber unter Umständen schwieriger ein Urteil erlaubt. Ich möchte also aus der Sicht eines Naturwissenschaftlers sprechen und mich ausdrücklich dafür bedanken, dass ich zu Ihnen sprechen darf.

Für mich ist eine differenzierte Debatte bei diesem Thema notwendig. Deutschland ist geübt, sich schwierigen Debatten zu stellen, dieses Thema ist ein wichtiger Teil davon. Eine sachliche, aufgeklärte, faktenbasierte Debatte muss im Vordergrund stehen. Ich möchte mich ausdrücklich beim Bundestag bedanken. Die Gründung der Agentur für internationale Museumskooperation oder auch die Stärkung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste im Hinblick auf Provenienzforschung sind wichtige Schritte in diese Richtung. Für mich aber muss diese Debatte in die Zukunft denken. Für mich ist es wichtig: Wie schaffen wir eine gemeinsame zukünftige Welt, wie schaffen wir ein globales Wissen?

Für das Thema Natur haben Naturkundemuseen diese Aufgabe schon längst für sich erkannt. Wir

in Berlin arbeiten ganz intensiv daran. Naturwissenschaftliches Wissen, wissenschaftliches und auch Erfahrungswissen über Natur, kann ein Modell für andere Arten von Wissen in einer globalen, nachhaltigen und verantwortungsbewussten Welt sein. Dafür pflegen und entwickeln wir globale Zusammenarbeit und Netzwerke und werden als Partner global gesucht und geschätzt.

Immer wieder werden wir auf den Wunsch nach wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit hin angesprochen aus dem Sudan, aus Ecuador, aus Tansania, aus Vietnam oder aus Kolumbien. Wir kooperieren, wir stehen für die Zusammenarbeit bereit und werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, vom Deutschen Bundestag, vom Auswärtigen Amt, von anderen unterstützt. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Hier ist aber, das haben wir auch schon gehört, sehr sehr viel Luft nach oben, weitere Unterstützung muss kommen.

Ich glaube aber auch, dass wir in der Debatte unterscheiden müssen. Es gibt zwei Debatten, jedenfalls nehme ich das als Vertreter eines global agierenden Forschungsinstituts so wahr. Es gibt eine Debatte der hier lebenden Menschen, in der es um die Gerechtigkeit in Deutschland und um Machtaspekte innerhalb Deutschlands geht – wir haben es gerade gehört. Auf der anderen Seite sehen wir aber ganz klar schwerpunktmäßig das Kooperieren-wollen der Menschen in den ehemaligen kolonialen Gebieten, das für mich eine Suche nach einer globalen Gerechtigkeit darstellt. Hier können wir handeln, hier muss ganz viel getan werden.

Mit und nicht über uns handeln, ist ein wichtiger Satz. Bereits seit vielen Jahrzehnten sammeln und arbeiten Naturkundemuseen mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus fast allen Ländern der Welt. Für uns ist seit Langem Modus, mit und nicht über andere zu arbeiten. Das ist nicht immer so gewesen, das wissen wir.

Ziel unserer Arbeit ist keine Entscheidung über Personen oder Dinge, sondern mit Menschen. Wir arbeiten daran, dass es nicht zu einer Perpetuierung der asymmetrischen Machtstrukturen



kommt. Dieses sind Grundsätze aus der Rassistendebatte, die auch hier Grundlage des Handelns und Denkens sein müssen. Gleichzeitig stehen wir aber alle in einem Spannungsfeld. Schauen Sie sich die verschiedenen Debatten und die Diversität in den Expertengruppen, die dazu reden, an.

Wie kommen wir über solche Strukturen hinweg? Wir machen das, indem wir uns intensiv mit Kooperation beschäftigen. Wir haben dazu einen global Summit gemacht, der auch öffentlich einsehbar ist, wo sich über 200 Teilnehmer aus 24 Ländern mit diesen Themen auseinandersetzen und aufzeigen, welche Grundlagen sie gern haben möchten.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir Natur- und Kulturgüter differenziert betrachten müssen. Ich bin Genetiker, mein Forschungsgebiet waren die genetische Diversität weit verbreiteter Pflanzen und der Klimawandel in den letzten zwei Millionen Jahren. Eine Pflanze, an der ich gearbeitet habe, hat eine kontinuierliche Verbreitung vom Kilimandscharo bis nach Spitzbergen. Der Ursprung dieser Art und der Diversität ist im Nahen Osten, heutige Türkei oder Syrien, genauso wie unser tägliches Brot, der Weizen. Natur ist global, hat nichts mit Politik zu tun, kannte noch nie politische Grenzen.

Wir müssen uns überlegen, wie wir das Wissen um Natur heute benutzen, um eine nachhaltige Welt zu schaffen, denn, wie Sie alle wissen, bricht uns die Natur gerade weg, auch aufgrund der asymmetrischen Machtverhältnisse. Das muss geändert werden, wir müssen ein Zusammen finden. Viele Länder in Südamerika, Asien und Afrika wollen wissenschaftlich nach vorne gehen. Deutschland steht hier vor einer besonderen Herausforderung, der wir uns gerne stellen wollen.

Im Nagoya-Protokoll ist festgelegt und seit 1994 vertraglich geregelt, dass alle Sammlungsgegenstände vor 2012 im Naturbereich legal vorhanden sind. Deutschland und 115 andere Staaten haben dieses Abkommen unterzeichnet. Wir haben 180 Gastwissenschaftler, 560 Sammlungsgäste, 53 Ko-

operationspartner und stellen uns dieser Herausforderung. Ich danke für die Unterstützung durch den Bund und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit vielen Partnern.

Danke schön.

Vorsitzende: Als Erste hat für die Bundesregierung Frau Staatsministerin Grütters das Wort.

StM Monika Grütters (BKM): Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke sehr für diese sehr ausführliche Beratung dieses wichtigen Themas der Aufarbeitung unserer Geschichte. Es ist ein Schwerpunkt bei uns im BKM, und natürlich gehört in Deutschland auch die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte zum demokratischen Grundkonsens. Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag klar dazu bekannt. Es ist hier unabdingbar, daran muss immer, gerade auch hier von Bundeseite erinnert werden, dass sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam engagieren. Das kann nicht eine Instanz, auch nicht der Bund, alleine tun. Und mit den „Ersten Eckpunkten zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“, die wir am 13. März 2019, also erst aktuell, verabschiedet haben, machen wir deutlich, dass wir uns gemeinsam dieser unserer historischen Verantwortung stellen. Wir haben zentrale Handlungsfelder und Ziele benannt, unsere generelle Bereitschaft zur Rückführung bekräftigt, die generell und grundsätzlich und sehr offen und engagiert vorhanden ist.

Wir haben dabei klargestellt, dass internationaler Dialog und Diskurs eine Grundvoraussetzung für einen verantwortungsvollen Umgang mit dieser schwierigen Materie sind. Letzterer ist nur möglich, wenn wir für Menschen aus den Herkunftstaaten und -gesellschaften erfahrbar machen, welches Sammlungsgut überhaupt in den deutschen Kultureinrichtungen vorhanden ist. Das haben einige von Ihnen ja auch gefordert. Erfassung, Digitalisierung und Veröffentlichung von Beständen und Inventaren sind dringend erforderlich, bestenfalls, finden wir, in einer zentralen Datenbank. Die Deutsche Digitale Bibliothek, die mit den Metadaten sehr verantwortungsvoll umgeht,



könnte meines Erachtens einen guten Lösungsansatz bieten.

Eine weitere Voraussetzung – manchmal strittig, aber unseres Erachtens wichtig – ist die Erforschung von Herkunfts- und Erwerbsumständen des Sammlungsgutes. Ich habe mich deshalb dafür eingesetzt, dass das vom Bund finanzierte Deutsche Zentrum Kulturgutverluste einen neuen Fachbereich dazu einrichtet. Das ist inzwischen geschehen. Wir haben dank des Bundestages vier zusätzliche Stellen bekommen, um den Fachbereich einzurichten und das Budget um knapp 2 Mio. Euro jährlich zu erweitern. Der SPK wurden im Bundeshaushalt 2018 bereits sechs neue Stellen für Provenienzforschung gegeben, davon alleine vier für diesen Themenkomplex. Eine Forschungsdatenbank, die vom DZK entwickelt wird, soll auch die Ergebnisse der Provenienzforschung für Kulturgüter aus kolonialen Kontexten beherbergen. Diese Forschungsdatenbank wird seit zwei Jahren erstellt und soll Anfang 2020 fertig werden.

Das Geld und das Engagement des Bundes für ein zentrales Angebot, das für alle gelten soll, entbindet die einzelne Einrichtung im Übrigen nicht, selber ihrer Verpflichtung nachzukommen und die Sammlungsherkunft transparent zu bearbeiten, aufzuklären und darzustellen.

Zu den Rückführungen: Mit Kulturgütern, die in rechtlich bzw. ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise nach Deutschland gelangt sind, müssen wir verantwortungsvoll und sensibel umgehen, natürlich steht das Thema „Rückführung“ im Raum. Der sinnvolle Weg kann aber nur im Einvernehmen mit den Betroffenen gefunden werden. Völlig unstrittig und gängige Praxis ist, dass menschliche Gebeine aus kolonialen Kontexten nicht in europäische Depots gehören, sondern in die Obhut der Nachfahren, so schwer die Frage der Herkunft manchmal zu klären ist. Es geht aber auch darum, eine Gedächtnislücke zu schließen, denn wir stellen fest, dass wir in der jüngeren Vergangenheit große Gedächtnislücken haben. Für die SED-Diktatur und die Nazi-Diktatur haben wir einen Umgang gefunden – immer noch nicht ausreichend, aber zumindest einigermaßen –, noch

einmal einen weiteren Schritt zurück in der Geschichte sind einfach große Gedächtnislücken vorhanden. Deshalb müssen nicht nur die Kultureinrichtungen, sondern natürlich auch die Schulen ertüchtigt werden, damit umzugehen.

Mit den Ersten Eckpunkten haben wir – zumindest auf Kulturseite und mit dem Auswärtigen Amt zusammen – das Fundament für ein angemessenes Vorgehen bei den Kultureinrichtungen in unserer Obhut geschaffen. Die Einrichtungen – Frau Prof. Dr. Ahrndt und die anderen – sind daran beteiligt gewesen. In der Arbeitsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen werden wir uns eingehender austauschen und dieses Papier auch weiterentwickeln. Die Ersten Eckpunkte sind jetzt ein erstes Angebot.

Besonders wichtig ist mir, dass wir in einem nächsten Schritt die Expertise von Fachleuten aus den Herkunftsländern und aus Deutschland einbeziehen. Dabei will ich nicht vergessen zu sagen, dass der Deutsche Museumsbund schon vor drei Jahren den ersten großen Aufschlag gemacht hat. Wir haben dessen Papier finanziert und er hat, wie ich finde, einen sehr guten ersten Leitfaden gemacht, der jetzt unter Einbeziehung der Herkunftsländer erneuert und in mehreren Sprachen verfügbar sein wird.

Tatsächlich sind es enorme historische, moralische und politische Herausforderungen, mit denen uns die Erinnerung an die deutsche und europäische Kolonialgeschichte konfrontiert. Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit ist Teil der Verantwortung Deutschlands, aber auch Europas und bietet die Chance zu neuen Formen der Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. Uns geht es vor allen Dingen darum, eine internationale Zusammenarbeit mit den Herkunftsgesellschaften in einem dann besseren, neuen Geist der Partnerschaft und der Würde zu etablieren.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Staatsministerin Müntefering, bitte.



StM **Michelle Müntefering** (Auswärtiges Amt); Daran kann ich nahtlos anknüpfen. Das Wohlergehen Europas ist auf das Engste mit dem unseres Nachbarkontinents Afrika verbunden. In der Außenpolitik sind wir überzeugt, dass wir weltweit keine schwachen Partner brauchen, sondern dass wir starke Partner brauchen, weil die großen Herausforderungen unserer Zeit, Klimawandel, Digitalisierung, Migration, nur gemeinsam gelöst werden können. Und deswegen vertiefen wir auch als Bundesregierung unsere Zusammenarbeit mit Afrika. Das ist aktuell in den afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung deutlich geworden, die wir gerade im Kabinett verabschiedet haben. In diesen Leitlinien finden Sie auch die besondere Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Partnerschaft, und darin enthalten ist auch die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit. Also, wir machen unseren Standpunkt in Leitlinien, die Leitlinien der Bundesregierung insgesamt sind, deutlich.

Wir erleben einen Moment – wir hörten gerade, es wurde schon einmal versucht –, die koloniale Vergangenheit Europas aufzuarbeiten. Dieser Moment stellt aus meiner Sicht eine wirkliche Chance dar, zusammen zu einer politischen Debatte zu kommen, die umfassend ist und die die gesamte Gesellschaft einschließt und beschäftigt. Wir sind an diesem Punkt nur, weil es zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Forscherinnen und Forscher gegeben hat und zum Glück immer noch gibt, die neuste Ergebnisse beisteuern und der Politik dabei helfen, hier voranzukommen. Als Hildegard Hamm-Brücher 1982 im Amt war, war ich gerade zwei Jahre alt. Ich konnte bis dato nicht genau sagen, warum ihre Initiative damals gescheitert ist, nun bin ich ein Stückchen schlauer. Ich war zwar selbst schon im Archiv, aber so viel Zeit hatte ich noch nicht, Frau Prof. Dr. Savoy, insofern sind Ihre Funde natürlich Dinge, die in die Debatte einfließen müssen und die uns vor allen Dingen lehren müssen, was wir heute anders machen müssen.

Insgesamt ist das Thema, Frau Grütters hat es erwähnt, im Koalitionsvertrag besonders genannt, und wir hatten unser kulturpolitisches Spitzengespräch dazu. Das heißt, wir haben einen Schulterchluss von Bund, Ländern und Kommunen. Die

Ersten Eckpunkte sind insgesamt sehr positiv aufgenommen worden, so jedenfalls war meine Wahrnehmung. Wir werden übrigens die englische und die französische Übersetzung dieser Eckpunkte als Auswärtiges Amt übernehmen und sie in Kürze auf der Homepage zur Verfügung stellen.

Wir alle wissen, dass wir bei der Aufarbeitung ganz am Anfang einer Debatte stehen. Der Umgang mit Sammlungsgut ist dabei ein Aspekt, und deswegen will ich noch einmal darauf eingehen, wie breit das Thema angelegt ist. Es hat gerade im Europäischen Parlament eine Entschließung zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa gegeben, ein interessantes Dokument, das ich mir in Vorbereitung auf diese Sitzung noch einmal angeschaut habe. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, sich ihrer kolonialen Vergangenheit anzunehmen und aktiv gegen Rassismus und Benachteiligung von Menschen afrikanischer Abstammung vorzugehen. Die Notwendigkeit einer solchen gesamtgesellschaftlichen Debatte, die haben wir, Frau Grütters und ich, in einem Gastbeitrag in der *F.A.Z.* zum Ende letzten Jahres deutlich gemacht. Die Schwerpunkte des Auswärtigen Amtes sind die kulturelle Zusammenarbeit, der Kulturaustausch und der Ausbau der kulturellen Infrastruktur in den verschiedensten Ländern. Das Auswärtige Amt hat bereits eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Aktuell sind die Goethe-Institute in einem panafrikanischen Dialog und haben einen Austausch mit Kuratorinnen und Kuratoren, mit Künstlerinnen und Künstlern. Sie versuchen auch herauszuhören, was in den verschiedenen Herkunftsländern eigentlich für eine Perzeption vorherrscht, was für Erwartungen an uns vorhanden sind.

Es wurde gerade schon gesagt, wir müssen nicht über, sondern wir müssen mit Afrika sprechen. Aber die Frage ist exakt die, wie wir das eigentlich tun. Grundlage der internationalen Kulturpolitik heute – die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes wird 2020 100 Jahre alt – sind die Kooperation und noch mehr die Koproduktion. Das sind der Geist und die Haltung, mit der wir die unterschiedlichsten Projekte vorantreiben – Herr Prof. Dr. Parzinger hat einige in Tansania genannt, die wir unterstützen. Wir sind im Aufbau einer internationalen Agentur für die Museumskooperation,



und dank des Bundestages haben wir einen neuen Titel im Haushalt. Wir können uns auf den Weg machen und tun dies auch, um die genannten Projekte auszufinanzieren und zu gestalten.

Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank für die erste Runde. Es schließt sich die erste Fragerunde an. Wir haben drei Minuten pro Sprecherin und Sprecher pro Fraktion vereinbart. Innerhalb dieser drei Minuten müssen Ihre zwei Fragen gestellt werden, nicht im Anschluss. Frau Abg. Dr. Kappert-Gonthier hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Antragstellerin das Wort, bitte.

Abg. **Dr. Kirsten Kappert-Gonthier** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Unser koloniales Erbe stellt ein immer noch überwiegend verdrängtes Kapitel unserer Vergangenheit dar. Es ist überfällig, dass wir endlich einen verantwortungsvollen Umgang mit diesem Erbe finden. Unser leitendes Prinzip dabei sollte sein, dass wir als die Nachfahren der Tätergeneration Demut zeigen und die Deutungshoheit zugunsten der Nachfahren der Betroffenen abgeben. Dabei geht es natürlich um weit mehr als nur um die Rückgabe von Objekten, aber es geht eben auch um Restitution.

Wir treten dafür ein, dass es eine umfassende Bereitschaft zur Rückgabe gibt und dass die Herkunftsgesellschaften einen rechtlichen Anspruch auf die Rückgabe ihres Kulturgutes bekommen. Der sogenannte koloniale Kontext muss endlich als Unrechtskontext anerkannt werden. Für den Prozess der Rückgabe bedarf es einer Zentralstelle, die die Herkunftsgesellschaften proaktiv über den Verbleib des Kulturgutes informiert. Diese neue Zentralstelle wollen wir Grüne am Deutschen Zentrum Kulturgutverluste in Magdeburg ansiedeln.

Ausgangspunkt für die Restitution ist die breite und nachhaltige Förderung der Provenienzforschung, Inventarisierung und Digitalisierung. Dabei ist es selbstverständlich, dass der Bund auch

finanzielle Mittel für diese umfassende Restitution zur Verfügung stellen muss.

Wir Grüne sehen die Notwendigkeit eines ganz breiten gesellschaftlichen Diskurses zur Aufarbeitung unsers kolonialen Erbes. Die Debatte um Restitution sollte unserer Meinung nach als Türöffner benutzt werden, um ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte umfassend aufzuarbeiten. Dazu machen wir in unserem Antrag, der ja heute zur Diskussion steht, eine Reihe von konkreten Vorschlägen, beispielsweise ein Förderprogramm zur transnationalen Aufarbeitung, intensivere Partnerschaften mit den Herkunftsgesellschaften und die Etablierung einer Erinnerungs- und Lernstätte.

Meine beiden ersten Fragen gehen an Frau Prof. Dr. Savoy. In Ihrem gemeinsam mit Felwine Sarr erstellten Bericht zur Restitution afrikanischen Kulturgutes weisen Sie auf die Möglichkeit einer „neuen Beziehungsethik“ zwischen Frankreich und den Nachfolgestaaten der damaligen Kolonien hin. Was meinen Sie mit diesem Begriff? Welche Schritte sind Ihrer Auffassung nach notwendig, um eine solche neue Beziehungsethik aufzubauen? Inwiefern sind wir, die Nachfahren der Tätergeneration, dabei angehalten, die Deutungshoheit abzugeben? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage lautet: Wie stehen Sie zu unserer Forderung, eine Zentralstelle am DZK zu etablieren, den Prozess der Aufarbeitung der Provenienzen zu bündeln und die Herkunftsgesellschaften proaktiv über den Verbleib der Kulturgüter zu informieren?

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für den zweiten Antragsteller, für die FDP-Fraktion, spricht Herr Abg. Ebbing.

Abg. **Hartmut Ebbing** (FDP): Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihr Kommen und für Ihre Ausführungen, die mir zeigen, dass wir in der Diskussion noch lange nicht am Ende sind. Vorweg



als Statement möchte ich sagen, dass ich mich freuen würde, wenn wir, bevor wir im Bundestag über die Anträge entscheiden, noch ausführlicher über die Problematiken diskutieren. Ich denke, es ist ein guter Anfang, den wir heute hier machen.

Ich möchte jetzt, obwohl es mich reizt, nicht anfangen, über Schuld, Moral, Verantwortung, Ethik im Einzelnen zu sprechen, sondern gern auf den konkreten Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auf unseren ergänzenden Antrag eingehen. Ich freue mich, dass die verehrte Frau Hamm-Brücher genannt worden ist. Ja, es (das Thema „Kolonialismus“) ist angesprochen worden, ja, es ist nicht verfolgt worden. Insofern ist es gut, dass wir heute hier sitzen.

Da ich nur ein paar Minuten Zeit habe, kurze Stichworte: Wir als FDP-Fraktion sind nicht der Meinung, dass wir eine generelle Beweislastumkehr einführen sollten, denn diese Beweislastumkehr würde auf der einen Seite quasi zu dem Generalverdacht gegen alle deutschen Museen führen, dass sie unrechtmäßig Kulturgut haben. Und auf der anderen Seite stellt sich tatsächlich die Frage: An wen wollen wir denn zurückgeben, denn einige Herkunftsgesellschaften sind untergegangen? Das müssen wir einfach vorher besprechen. Ich finde auch, wir sollten, obwohl wir das Thema angehen sollten, nicht in einen blinden Aktionismus verfallen. Wir sollten, was uns Deutschen ja ab und zu anhängt, vor allen Dingen nicht in einen nicht notwendigen Perfektionismus verfallen, sondern ich möchte erreichen, dass wir tatsächlich breit diskutieren. Außerdem sollten wir die Thematik breit erforschen, im Zweifelsfall wirklich faire und gerechte Lösungen mit den Herkunftsgesellschaften finden und für den Streitfall eine Ethikkommission einrichten, die natürlich auch mit Vertretern der Herkunftsländer besetzt wird, damit wir nicht in die Gefahr geraten, einen Neokolonialismus einzuführen, indem wir meinen, sagen zu müssen, was die ehemaligen Kolonialgebiete denn machen dürfen.

Ich würde ganz gerne in der ersten Runde zwei Fragen stellen, eine an Herrn Dr. Gryseels: Wie würden Sie mit der Fragestellung umgehen, wenn Sie mehrere Anspruchsteller haben? Wem würden

Sie im Zweifelsfall ein Kulturgut zurückgeben?

An Herrn Prof. Dr. Parzinger ist die Frage gerichtet, die ich gerade schon angesprochen habe: Wie gehen Sie mit der geforderten Beweislastumkehr um?

Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion spricht Herr Abg. Heveling, bitte.

Abg. **Ansgar Heveling** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren Sachverständigen für Ihre Beiträge, die uns gezeigt haben, welche ethisch und moralisch tiefe Dimension das Thema hat. Sie haben uns gezeigt, dass es um viele Fragen geht, die über bloße Rückführung und Restitution hinausgehen, die wir insgesamt sensibel angehen müssen und angehen wollen. Ich glaube, es ist wichtig, den Blick darauf zu richten, wie wir heute – die zahlreichen Bekenntnisse unter anderem auch des Koalitionsvertrages zu dem Thema sind ja hier schon angesprochen worden – mit dem Thema auf der Grundlage unserer jetzigen Erkenntnisse – anders als in den Diskussionen vor 30 oder 40 Jahren – umgehen, um allen Aspekten kultursensibel gerecht zu werden.

Wir haben gehört, wie jetzt agiert wird, wie neue Stellen eingerichtet werden, unter anderem bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, dass sich das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste intensiver mit diesen Fragen beschäftigt. Gleichzeitig haben wir hier die Forderung von Frau Prof. Dr. Savoy gehört, eine unabhängige Stelle für das Thema einzurichten und die entsprechenden Bestände sofort zu veröffentlichen.

Meine Frage richtet sich sowohl an Frau Prof. Dr. Ahrndt als auch an Herrn Prof. Dr. Parzinger. Wir haben auf der einen Seite neue Stellen und die Aufgaben des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, wir haben auf der anderen Seite die von Frau Prof. Dr. Savoy vorgetragene Forderung nach



einer unabhängigen Stelle und der sofortigen Veröffentlichung. Darin liegt ein gewisser Widerspruch, denn es stellt sich schon die Frage, ist eine solche unabhängige Stelle überhaupt notwendig, wenn bei den Einrichtungen selbst und beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste so viel getan wird? Und ist eine sofortige Veröffentlichung überhaupt möglich? Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu Stellung nehmen könnten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion Herr Abg. Dr. Jongen, bitte.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD): Vielen Dank. Vielen Dank an die Gäste für Ihre Vorträge. Zunächst aber ein Wort zu den beiden Anträgen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Beide gehen von einer einseitig negativen Sicht auf die deutsche Kolonialzeit aus. Neben den zweifellos verbrecherischen Seiten hat die deutsche Kolonialzeit insbesondere in Afrika aber auch dazu beigetragen, den Kontinent aus archaischen Strukturen zu lösen, wie es der Afrika-Beauftragte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unseres Erachtens zu Recht gesagt hat.

Den Grünen geht es in ihrem Antrag einmal mehr um die Ausweitung des historischen Schuldbewusstseins in Deutschland, wie es ihr Auftreten und wie es auch das Auftreten einiger der heutigen Experten hier wieder gezeigt hat. Einen solchen hypermoralischen und ideologisch motivierten Antrag lehnen wir ab.

Aber auch der FDP-Antrag nimmt neben einigen richtigen Ansätzen zu einseitig die Unterdrückungsperspektive der Kolonialzeit in den Blick, allerdings nicht gründlich genug, wie Sie von Frau Dr. Bauche heute gehört haben. Also, liebe FDP, noch eine Anstrengung, wenn Sie „Dekolonialisierer“ werden wollen.

Ich habe eine Frage an Frau Prof. Dr. Savoy und eine an Herrn Prof. von Pufendorf.

Frau Prof. Dr. Savoy, in Ihrem zusammen mit Felwine Sarr verfassten Bericht „Die Restitution des afrikanischen Kulturerbes“ führen Sie vor allem moralische Gründe für das Projekt der Restitution an, das Ihrer Ansicht nach ja möglichst umfassend ausfallen soll. Dagegen haben verschiedene Experten differenzierend geltend gemacht, dass es diese Artefakte ja gar nicht mehr gäbe, wenn sie nicht in europäischen Museen kuratiert und konserviert worden wären. Diese Sichtweise vertritt beispielsweise auch die Ethnologin Brigitta Hauser-Schäublin. Der Bericht von Savoy/Sarr trage der Tatsache keine Rechnung, dass afrikanische Kulturgüter im Verlauf ihrer langen Zeit in europäischen Museen ebenfalls zu einem Kulturgut geworden seien, und zwar des betreffenden Landes. Für Deutschland denke man zum Beispiel nur an die Büste der Nofretete. Gegenüber dem *Spiegel* erklärten Sie, Frau Prof. Dr. Savoy, dass am ausgestellten afrikanischen Kulturgut Blut klebe. Und was unsere afrikanischen Kollegen zurückhaben wollten, das müssten sie selbst entscheiden.

Der Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus musealen Kontexten des Deutschen Museumsbundes hält dagegen fest: „Alle Herausgabeanprüche, die auf Vorgänge in der Kolonialzeit beruhen, sind nach deutschem Recht verjährt.“ Hier steht also Recht gegen Moral oder, wie wir vielleicht sagen könnten, Moralismus.

Meine Frage: Es drängt sich der Eindruck auf, dass aus Ihrer Sicht die geltende Rechtslage, die ja in Frankreich ähnlich ist, völlig irrelevant ist, weil es ja um die moralisch gebotene gute Sache geht. Ist dieser Eindruck richtig?

Herr Prof. von Pufendorf, Sie haben sich als Mitautor eines Buches zur umstrittenen Restitution von Ernst Ludwig Kirchners Gemälde „Berliner Straßenszene“ intensiv mit Restitutionsfragen auseinandergesetzt. Das Buch zeigt, dass die moralische Aufladung von Restitutionsfragen die Gefahr mit sich bringt, neues Unrecht zu schaffen. Ist das so korrekt, und gibt es eine Übertragbarkeit der Washingtoner Erklärung auf die kolonialen Objekte, wie das oft behauptet wird?



Würden Sie das auch so sehen und bejahen?

Danke.

Vorsitzende: Für die Fraktion der SPD, Herr Abg. Lindh, bitte.

Abg. **Helge Lindh** (SPD): Ich befinde mich jetzt in dem Dilemma, eigentlich drei Fragen stellen zu müssen, ich darf aber nur zwei stellen. Daher richte ich meine Hoffnung auf die zweite Runde. Aber das passt vielleicht sogar ganz gut, weil Frau Prof. Dr. Savoy deutlich gemacht hat, dass bei der Frage, die wir heute diskutieren, der erste Versuch einer Aufarbeitung im breiteren Rahmen nicht funktionierte und sich daraus ein Auftrag für uns ergeben hat, es in der zweiten Runde umso besser zu machen.

Ich erlaube mir, am Anfang zu sagen, dass es mir leid tut, dass Sie, Herr Abg. Dr. Jongen, ein Feld eröffnet haben, das wir heute vermeiden sollten, indem Sie den Vorwurf des Moralismus aufgeworfen haben. Das meine ich ganz ernst. Sie verkennen damit genau die Dimension, die zum Beispiel Herr Prof. Dr. Seukwa deutlich gemacht hat, dass es hier nämlich um eine Ethik der Aufarbeitung geht und nicht um eine Form von parteipolitischem Geländegewinn. Das wird dem Thema nicht gerecht.

Vielmehr, und das ist auch die Position unserer Fraktion, ergibt sich daraus, dass es eine Form von kolonialer Aphasie gab, daraus, dass wir von vielen Jahrzehnten des Vergessens und Verdrängens und des nicht Aussprechens reden, jetzt eine einmalige Chance. Darauf haben hier mehrere Sachverständige deutlich hingewiesen. Souveränität äußert sich gerade darin, dass der Mächtige oder derjenige, der meint, Macht zu haben, die Stärke hat, die Macht abzugeben, auf Kontrolle zu verzichten, auf Verfügungsgewalt bezogen auf Objekte zu verzichten, aber auch auf Deutung, auf Verständnis von Geschichte, auf Definition von Zivilisation zu verzichten. Die Herausforderung ist aus unserer Sicht, dies von Beginn an zu tun. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen. Sie birgt die große Chance für uns selbst, daraus stärker,

selbstbewusster und wissender hervorzugehen, als wir es vorher waren.

Deshalb gibt es gar keinen Grund, hier mit hängenden Schultern über Moralismus, der uns belastet, zu sprechen. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Dass Erinnerung befreit, ist eine Erkenntnis, die erst recht auch hier gilt.

Meine Fragen gehen an Herrn Prof. Dr. Seukwa und dann an Frau Staatsministerin Müntefering. Herr Prof. Dr. Seukwa, könnten Sie noch einmal ausführlicher anhand der Begriffe, die Sie schon nannten – Rehabilitation, gerechte Versöhnung, Partizipation –, deutlich machen, wie Sie sich solch einen Prozess, solch eine angemessene Aufarbeitung von Beginn an vorstellen?

Und passend dazu Frau Müntefering: Sie erfahren ja selbst permanent die Perspektive der Herkunftsgesellschaften, der Länder, über die wir hier sprechen und die hier eigentlich die Entscheidenden sind. Wir sind nicht entscheidend. Können Sie aus Ihrer Praxis Beispiele nennen, dass ein solcher Prozess begonnen hat? Wie könnte er sich entwickeln und aussehen?

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE. Frau Abg. Freihold, bitte.

Abg. **Brigitte Freihold** (DIE LINKE.): Auch von meiner Seite zunächst herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Beiträge und Ausführungen.

Ich möchte als Erstes festhalten, der deutsche Kolonialismus war in all seinen Herrschaftsformen ein Verbrechen. Seine historische Kontinuität zeigt sich dabei auch in der rassistischen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges gegenüber den unterworfenen Bevölkerungen im von Deutschen beherrschten Mittel- und Osteuropa. Das Unrechtssystem der Kolonialherrschaft hat weltweit Gesellschaftsstrukturen, Religionen und Kulturen zerstört und von europäischen Interessen bestimmte politische Grenzziehungen her-



vorgebracht. Dabei wurden nicht nur die kolonisierten Gesellschaften überformt, sondern auch Deutschland und unsere eigene Gesellschaft wurde davon tiefgreifend geprägt.

Die Nachwirkungen dauern bis heute an. Anhaltender institutioneller und struktureller Rassismus, mangelnde erinnerungspolitische Aufarbeitung in der schulischen, kulturellen und politischen Bildung und, das ist ganz wichtig, dass es bis heute keine gesetzliche Grundlage für die Restitution der geraubten Kunst und Kulturgüter gibt, ist ein Ausdruck davon. Denn unabhängig davon, unabhängig von dem verbalen Bekenntnis zur Aufarbeitung der Kolonialherrschaft, muss sich die Bundesregierung an konkreten Maßnahmen in der politischen Bildung, dem öffentlichen Raum und auch an den fehlenden gesetzlichen Strukturen für Restitutionen messen lassen. Deshalb begrüßen wir den Vorstoß der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und werden in Kürze selber eine eigenständige parlamentarische Initiative vorlegen, die konkrete Schritte zur umfassenden gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung des Kolonialismus vorschlagen wird. Dabei ist es uns ganz besonders wichtig, auch mit den Nachkommen der Kolonisierten und Versklavten in engen Kontakt zu treten.

Meine Fragen gehen an Frau Dr. Bauche. Welche Bedeutung für die Aufarbeitung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe hat die unmissverständliche Anerkennung des Kolonialismus als Unrecht, und zwar in all seinen Formen und Ausprägungen?

Welche Rolle könnte die Einrichtung einer unabhängigen rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts, also einer Bundesstiftung, für die umfassende Aufarbeitung des Kolonialismus haben?

Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die erste Antwortrunde haben wir vereinbart, dass die Angesprochenen jeweils in zwei Minuten auf eine Frage antworten dürfen. In der zweiten Antwortrunde haben dann alle Sachverständigen noch einmal

das Wort. Ich will Ihnen sagen, an wen Fragen gerichtet wurden: an Frau Prof. Dr. Ahrndt eine Frage, an Frau Dr. Bauche zwei Fragen, an Herrn Dr. Gryseels eine Frage, an Herrn Prof. Dr. Parzinger zwei Fragen, an Herrn Prof. von Pufendorf eine Frage, an Frau Prof. Dr. Savoy drei Fragen, an Herrn Prof. Dr. Seukwa eine Frage und an Frau Staatsministerin Müntefering eine Frage.

Wir würden dann mit Frau Prof. Dr. Ahrndt anfangen. Sie haben zwei Minuten Zeit, bitte.

SV Prof. Dr. Wiebke Ahrndt (Übersee-Museum Bremen): Ich gehe zunächst auf den ersten Teil und die Frage nach einer unabhängigen Stelle ein und spreche jetzt nur für das Übersee-Museum. Ich glaube, wir brauchen beides. Wir haben regelmäßig externe Provenienzforscher im Haus und festgestellt, dass diese eine interne Betreuung durch Menschen brauchen, die die Sammlungen und die Akten kennen, sonst verbringen sie sinnlose Zeit mit der Suche. Es spricht also nichts dagegen, unabhängige Forscher ins Haus zu lassen und unabhängige Stellen zu haben. Wir brauchen aber auch Provenienzforscher und genügend Kuratoren in den Häusern.

Ich wehre mich gegen ein Misstrauen der grundsätzlichen Art, wir hätten kein Interesse daran, die Geschichte unserer Sammlungen zu erforschen. Das Provenienzforschungsprojekt mit der VW-Stiftung und Prof. Dr. Jürgen Zimmerer, der hier in der Runde nicht als unkritisch bekannt ist, habe ich initiiert. Ich bin auf Herrn Prof. Dr. Zimmerer zugegangen, nicht umgekehrt. Das zu Teil eins.

Teil zwei betrifft die Frage, ob eine sofortige Veröffentlichung möglich ist. Auch wieder für das Übersee-Museum geantwortet: Mein Haus ist ein 3-Sparten-Haus mit 1,2 Millionen Objekten, und ich habe mehrere unterschiedliche Datenbanken im Haus. Wir wollen sie gern im kommenden Jahr online stellen, brauchen dafür aber ein entsprechendes Tool. Denn, womit wir am meisten ringen, ist nicht die Online-Stellung an sich, sondern dass wir Scheintransparenz vermeiden. Ich muss in den Datenbanken sowohl suchen als auch finden können. Wenn ich nicht weiß, wie ich richtig suche, dann finde ich nämlich herzlich wenig.



Dann haben wir ein Datengrab ins Netz gestellt. Das wäre für alle am Ende und unter dem Strich nicht hilfreich.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Bauche, bitte.

SV Dr. Manuela Bauche (Freie Universität Berlin/Decolonize Berlin): Zu den beiden Fragen, die ich vielleicht zusammen beantworten kann: Vielleicht macht es Sinn, zum Thema „Notwendigkeit einer unmissverständlichen Anerkennung des Kolonialismus als Unrecht“ klarzustellen, warum es die Kritik gibt, dass diese Anerkennung fehlt. Ich hatte in meinem Input schon kurz auf den Koalitionsvertrag verwiesen. Auch die beiden Staatsministerinnen haben darauf verwiesen und gesagt, es werde darin festgehalten, dass die Aufarbeitung des Kolonialismus eine große Rolle spielen solle. Auch auf die Gefahr hin, jetzt ein bisschen spitzfindig zu erscheinen: Was die Formulierungen im Koalitionsvertrag betrifft, glaube ich, ist es wichtig, sie sich noch einmal anzuschauen, weil viele von uns schon einmal an politischen Formulierungen gefeilt haben und wissen, dass solche Formulierungen nicht zufällig entstehen, sondern es auch darum geht, sich zu überlegen, ob man mit bestimmten Formulierungen zum Beispiel Rechtsansprüche schafft. Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist so gewählt, dass sie keine Rechtsansprüche schafft.

Es ist die Rede von „NS-Terrorherrschaft“, von „SED-Diktatur“ und von „kolonialer Vergangenheit“. Das ist eine komplett wertfreie Formulierung, die den historischen Fakten aber komplett widerspricht, was ich eingangs ja bereits dargelegt habe.

Man muss auch die Bundesregierung nennen, wobei es ja nicht nur um die aktuelle geht, und sie an ihren Taten messen. Es geht nicht nur um Formulierungen, die Formulierungen machen aber klar, warum es so wichtig ist, dass der Kolonialismus als Unrecht anerkannt wird. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, wie wenig initiativ die Bundesregierung bisher geworden ist in all den Dingen, die in irgendeiner Form in den letzten 20 Jahren die Aufarbeitung des Kolonialismus betroffen ha-

ben und betreffen, wenn man sich die Rückführungen von Gebeinen nach Namibia anschaut, die stattgefunden haben 2011, 2014 und 2018, dann sind das Rückführungen, die ausschließlich von Forderungen aus den Herkunftsgesellschaften ausgegangen sind, konkret aus Namibia von den OvaHerero und Nama. Wenn man sich anschaut, wie die Besuche der Delegationen aus Namibia stattgefunden haben und wie sie organisiert worden sind, dann stellt sich heraus, dass diese Besuche eben nicht von der Bundesregierung, sondern von zivilgesellschaftlicher Seite organisiert wurden. Es war nicht die Bundesregierung, die die Delegationen am Flughafen abgeholt hat. Frau Müntefering, 2011 war das zum Beispiel nicht der Fall.

Das sind Dinge, wenn man von historischem Unrecht spricht und von der Aufarbeitung und Wiedergutmachung historischen Unrechts, die einfach nicht gehen. Deswegen ist es, glaube ich, sehr sehr wichtig, noch einmal klar zu machen, dass die Grundlage aller Aufarbeitung der Kolonialgeschichte ihre Anerkennung als historisches Unrecht ist. Die Bundesregierung muss tatsächlich Instrumente in die Hand nehmen, um initiativ zu werden und um Aufarbeitung zu unterstützen. Ein solches Instrument kann zum Beispiel eine Bundesstiftung sein. Wir sprechen ja hier – vielleicht ist dieser Begriff in diesem Zusammenhang noch einmal wichtig – von Staatsraison. Die Aufarbeitung des NS-Regimes ist zu Recht Staatsraison geworden, die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist inzwischen auch Staatsraison geworden. Für beide Aufarbeitungen sind Bundesstiftungen eingerichtet worden. Es bedarf wirklich einer sehr sehr ausführlichen Begründung dafür, warum dieser Schritt nicht zur Aufarbeitung des Kolonialismus vollzogen wird.

Meiner Meinung nach gibt es dafür keine Begründung. Mich würde interessieren, und ich würde auch von den Staatsministerinnen gern hören, was der Grund dafür sein kann, hier keine Bundesstiftung zu gründen, wenn das in Bezug auf andere Unrechtsregime passiert.

Danke.



Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Gryseels, bitte.

SV Dr. Guido Gryseels (Königliches Museum für Zentralafrika): Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

Ich wurde gefragt, an wen die Rückgabe denn erfolgen soll. Das ist eine sehr interessante Frage. Gerade diese Woche stand in *Paris Match* ein langer Artikel über mehrere Objekte aus unserer Sammlung, die von einem militärischen Feldzug von General Storms stammten. General Storms ging 1883 auf Befehl Leopolds II. in den Kongo. Wo er auf Widerstand traf, brannte er Dörfer nieder, schlug den Menschen den Kopf ab und schickte die Schädel und die Objekte nach Belgien. Hier gibt es verschiedene Rückgabeforderungen. Einige aus der Zivilgesellschaft, andere von Familienmitgliedern etc. Da stellt sich natürlich die Frage, an wen wird restituiert. Ich habe nichts dagegen, dass restituiert wird, die Frage ist nur: an wen, an die rechtmäßigen Nachfahren des Dorfoberhauptes, das umgebracht wurde? In diesem Fall war das Mr Lusinga. Und Mr Lusinga war mehrfach verheiratet. Er hat mehrere 100 Kinder und Nachfahren. Wer von ihnen kann Ansprüche erheben? Ich will sie nicht ins Lächerliche ziehen, die Sache ist ein echtes Problem. Wer kann tatsächlich Ansprüche erheben? Das Dorf, das sagt: „Wir wollen das Objekt zurückhaben – und die Schädel auch –, weil es aus unserem Dorf stammt und ein Symbol der Macht war?“ Oder ein Nationalmuseum? Oder die Regierung? Ich kann das nicht beantworten. Ich kann nur eines sagen: Ich habe mit einem meiner Kollegen darüber gesprochen, der sagte: „Für mich ist es ganz klar so, dass die Forderung von der Regierung kommen muss, vom Premierminister oder Präsidenten. Es liegt an ihnen, als legitime Vertreter einer Regierung, zu entscheiden, an wen der Gegenstand zurückzugeben ist.“ Das ist also auch meine Position. Aber ich kann Ihnen versichern, dass dies eine sehr komplexe Frage ist.

Es gibt noch ein zweites Thema, das ich hier ansprechen möchte, obwohl nicht danach gefragt wurde. Ich höre viele Äußerungen zur Rolle der Museen im Kolonialismus, zur Ungerechtigkeit usw. Obwohl, wie ich Ihnen ja bereits sagte, wir hier die sehr grundsätzliche Haltung vertreten,

dass Kolonialismus als Herrschaftssystem etwas Unmoralisches ist, sehe ich als Museumsdirektor unsere Rolle so, dass es nicht unsere Aufgabe ist, Vorwürfe zu erheben oder zu verurteilen. Unsere Aufgabe besteht darin, zu informieren und aufzuklären. Dann muss sich die Öffentlichkeit selbst eine Meinung bilden. Aber wir müssen all die unterschiedlichen Positionen aufzeigen. Wir selbst müssen als Forum debattieren.

Außerdem würde ich dem zustimmen, was Ihnen von mehreren Seiten gesagt wurde: dass die Debatte nicht nur in Museen bzw. im Kontext von Museen stattfinden sollte, sondern zu allererst in den Schulen. In Belgien wissen viele Kinder gar nicht, dass es einmal eine Verbindung zwischen uns und dem Kongo gab. Viele Kinder afrikanischer Abstammung werden, oft unabsichtlich, sehr rassistisch behandelt. Ich weiß noch, was mir eine afrikanische Wissenschaftlerin einmal erzählt hat. In der Schule ihres Kindes fragte eine Lehrerin mehrere Kinder: „Wie feiert ihr bei euch zu Hause Weihnachten und Sankt Nikolaus?“ Und dann wandte sie sich an das afrikanische Kind und fragte: „Und wie ist das in deinem Land?“ Dabei war das Kind nie in seinem Land gewesen. Es gibt sehr viel Indirektes, weshalb wir in unserem Bildungssystem über die Kolonialvergangenheit sprechen müssen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Parzinger, bitte.

SV Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz): Bei der ersten Frage von Herrn Abg. Ebbing ging es um die Beweislastumkehr. Ich habe ja vorhin in meinen Ausführungen gesagt, dass wir die Beweislastumkehr in der täglichen Arbeit praktisch bereits umgesetzt haben. Wenn eine Anfrage, woher auch immer, auf Restitution von Objekten an uns herangetragen wird, dann sagen wir nicht, das behandeln wir erst, wenn ihr belegt warum, sondern dann schauen wir uns natürlich die Erwerbsumstände an und entscheiden dann auf dieser Basis.

Ich glaube, das Problem ist eher, wie man mit dem Ergebnis einer Provenienzforschung umgeht. Es wird so sein, dass die Ergebnisse nicht immer



100 Prozent eindeutig sind. Ich glaube, es gibt Konsens, dass man dann, wenn ein illegaler Kontext, ein Gewaltkontext besteht, restituieren muss. Es gibt auch andere Kontexte – und es wird sie in Zukunft geben –, die schwer zu bewerten sind, zum Beispiel, wenn es um eine Fülle von Alltagsgegenständen geht. Deshalb finde ich den Gedanken der fairen und gerechten Lösung nicht schlecht, ich habe das ja schon einmal geäußert. Wir haben gute Erfahrungen damit beim Umgang mit NS-Raubkunst gemacht. Wenn man nicht eindeutig zugunsten der einen oder anderen Seite entscheiden kann, dann sollte man gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden. Das kann dazu führen, dass man zwar einige Objekte zurückgibt, aber eben nicht komplett alle. Da gibt es sicher viele Formen, denn es geht um Aushandlungsprozesse. Ich glaube, es ist wert, sich auf solch einen Aushandlungsprozess einzulassen, vielleicht auch mit einer Art Ethikkommission, die natürlich paritätisch besetzt sein muss.

Die Frage von Herrn Abg. Heveling betraf die Unabhängigkeit bei der Provenienzforschung. Wenn wir Projekte der Provenienzforschung durchführen, bearbeiten diese Projekte sowieso junge Leute, die von außen kommen. Das ist ganz wichtig. Es gibt das DZK, und ich bin froh, dass es sich des Themas annimmt, dass wir mit ihm eine gestärkte Stelle haben, die sich auch die Ergebnisse anschaut und über einen Beirat verfügt. Wir brauchen, glaube ich, keine „Volkskommissare“ oder so etwas, die durch die Museen wachen, sondern wir brauchen die Betrachtung der Ergebnisse. Diese Aufgabe übernimmt natürlich das DZK, das ja die Mittel vergibt und sich über die Ergebnisse berichten lässt.

Was die sofortige Veröffentlichung angeht, hat Frau Prof. Dr. Ahrndt bereits einiges gesagt. Wir haben mit dem Ethnologischen Museum unter allen Berliner Museen eine Sammlung, die schon am meisten digitalisiert hat. Wir haben über 400.000 Objekte, die jetzt noch mit den entsprechenden Metadaten versehen werden, die man braucht, um eine Bewertung vornehmen zu können, wenn die Dinge unter anderem in den audiovisuellen Medien veröffentlicht werden sollen. Wir werden auch im Zuge der Eröffnung des

Humboldt Forums in allen Bereichen zu den Objekten, die dort zu sehen sein werden, den Stand der Provenienzforschung offenlegen. Dann gibt es noch das gemeinsame Projekt mit der DFG zur Digitalisierung der gesamten Erwerbungsunterlagen, das ich bereits erwähnt habe. Ich finde, es geschieht schon eine Menge, und wir sehen uns in der Pflicht, weshalb man uns bitte auch die Ernsthaftigkeit nicht absprechen möge.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. von Pufendorf, bitte.

SV Prof. Ludwig von Pufendorf (Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt): Herr Abg. Dr. Jongen, das Buch über die Restitution der „Straßenszene“ ist nicht etwa geschrieben worden, um recht zu haben, dass die Restitution zu Unrecht erfolgt ist, sondern um ein Beispiel zu geben, wie Restitutionsen nicht erfolgen dürfen. Es hat weder Provenienzforschung substantieller Art gegeben, es hat keine Beteiligung der Entscheidungsgremien des Landes Berlin gegeben, nicht einmal der Senat hat zugestimmt, noch hat es eine Auseinandersetzung mit dem Museum gegeben. Das Museum selbst ist schlicht ausgeklammert worden. Der Fall kann nur als abschreckendes Beispiel dienen, und ich denke, dass sich ein solches Beispiel auch nicht wiederholen sollte.

Es ist eben auch eine Mahnung, dass der Missbrauch von solchen Restitutionsmöglichkeiten stärker geahndet werden muss. Hier ist es ganz wesentlich, dass entsprechende Klauseln, wie wir sie in der Handreichung (zur Umsetzung der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ vom Dezember 1999) zur Verfügung haben, auch für die Inanspruchnahme von Leistungen des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste gelten müssen. Ich möchte anmerken, dass hier immer noch ein Desiderat zu erfüllen ist, denn die rechtliche Fundierung fehlt. Wir haben es mit einer privatrechtlichen Stiftung zu tun, die nicht einmal



beliehen ist, obwohl hoheitliche Aufgaben zu erfüllen sind. Hier fehlt schon aus verfassungsrechtlichem Zwang eine entscheidende gesetzliche Grundlage.

Vorsitzende: Vielen Dank. Es folgt Frau Prof. Dr. Savoy mit drei Fragen, bitte.

SV Prof. Dr. Bénédicte Savoy (Technische Universität Berlin): Vielen herzlichen Dank. Ich möchte auf den Begriff der kolonialen Aphasie zurückkommen, wie von Herrn Abg. Lindh angesprochen. Es ist tatsächlich so, dass eine Aphasie normalerweise das Ergebnis eines Unfalles ist. Man hat einen Unfall und kann dann nicht mehr sprechen. In unserem Fall ist es eine gemachte, eine gewollte Aphasie. Bereits vor 40 Jahren haben alle darüber gesprochen. Wer dafür gesorgt hat, dass wir heute denken, einen Unfall gehabt zu haben und aphasisch oder amnestisch geworden zu sein, sind die Museen. Das ist in den Akten relativ einfach belegbar mit Namen, Aktionen und Aussagen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal auf meinen Vorschlag zurückkommen, der die Aufarbeitung betrifft, von der hier die Rede ist. Frau Prof. Dr. Ahrndt hat ihre Kooperation mit Herrn Prof. Dr. Zimmerer erwähnt, und man könnte an dieser Stelle auch die Kooperation des Linden-Museums in Stuttgart mit der dortigen Universität nennen, denn die Aufarbeitung kann nicht den Museen allein überlassen werden. Das DZK in Magdeburg sieht in seinem kolonialen Bereich vor, dass nur Museen Unterstützung erhalten können. Ich habe das Glück, dass mir das Vertrauen entgegengebracht wurde, im Fachbeirat zu sitzen, weshalb ich die Statuten genau kenne. Ich halte das für falsch, und wir haben hier auch bereits mehrfach den Grund dafür gehört. Wenn Sie sich eine Bibliothek, etwa die Staatsbibliothek hier in Berlin, vorstellen, die keinen Katalog hätte, dann wäre sie ein Bücherhaufen. Stellen Sie sich eine solche Bibliothek vor, in der die Bibliothekare sagen, sie müssen erst einmal alle Bücher gescannt vorliegen haben, bevor man sie nutzen darf, denn nur dann wüssten sie, was in den Büchern steht und könnten es dann sagen. Das wäre eine Absurdität.

Museen ohne öffentlich zugängliche Kataloge – wie sie auch immer aussehen mögen, früher gab es Zettelkataloge in den Bibliotheken – sind absurde Objekthaufen. Deswegen bitte sofort, heute oder morgen, diese Inventare veröffentlichen!

Ich komme gleich auf den Bericht mit Felwine Sarr zu sprechen. Der Bericht stützt sich auf eine Datenbank, die seit zehn Jahren von jeder Küche aus im Internet öffentlich zugänglich ist, nämlich die Datenbank des Musée du Quai Branly - Jacques Chirac in Paris. Nur weil es diese Transparenz seit zehn Jahren gibt und weil sie zum Standard eines jeden modernen Museums gehört, konnte es diese Arbeit geben. Und genau deswegen haben sich die Museumsleute vor 40 Jahren gewünscht, dass solche Objektlisten nicht veröffentlicht werden. Das steht Schwarz auf Weiß. Wir haben jetzt das Ergebnis eines aktiven Nichtveröffentlichens solcher Inventare und deshalb muss es meines Erachtens keine Zentralstelle, keine unabhängige Zentralstelle – wie es hier gesagt worden ist –, sondern muss es viele unabhängige Historikerkommissionen geben, die in Zusammenarbeit mit den Museen diese Arbeit betreiben. Die Museen sind in dieser Angelegenheit nicht neutral, das waren sie nie und das werden sie erst in mehreren Generationen, wenn überhaupt, sein.

Zu dem Bericht, den ich gemeinsam mit Felwine Sarr geschrieben habe, und zu diesem Begriff der „neuen Beziehungsethik“ möchte ich sagen, dass dieser Bericht hier in Deutschland sehr viel kommentiert, aber nur sehr wenig gelesen worden ist, Herr Abg. Dr. Jongen, erlauben Sie mir diese Bemerkung. In diesem Bericht steht auf Seite 3 oder 4, dass es weder um Moralismus geht noch darum, irgendwelche Fehler, die vor zwei oder drei Generationen – im Falle Frankreichs eher zwei Generationen – stattgefunden haben, zu entschuldigen oder sich mit Keulen zu schlagen. Genau das sagen wir gleich zu Beginn. Es geht nicht darum, sondern es geht darum, für uns, mehrere Generationen nachdem das passiert ist hier in Europa oder in Frankreich, und für diejenigen, die in den afrikanischen Ländern auch nicht selber die Erfahrungen der Kolonialzeit gemacht haben, für diese Jugend und für unsere Jugend eine gemeinsame Möglichkeit zu finden, in die Zukunft zu schauen. Das ist die neue Beziehungsethik. Wenn



in der Konvention von Faro (Rahmenkonvention des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft) steht, dass jeder europäische Bürger und jede europäische Bürgerin ein Recht auf Kulturerbe hat, dann fragen wir uns, warum die Jugend auf dem afrikanischen Kontinent nicht auch ein Recht auf ihr Kulturerbe haben sollte, zumal wir diejenigen sind, die das Privileg der Mobilität haben. Wenn wir wollen, können wir zum Beispiel nach Dakar fliegen, um uns dort die Objekte vor Ort anzuschauen. Das ist einfach menschlich, und es geht um unsere humanistischen Werte in Europa.

Der afrikanische Kontinent entbehrt sein Kulturerbe, weil es bei uns ist. Dieses Ungleichgewicht muss korrigiert werden. Das hat nichts mit Moral zu tun, das hat mit dem Überleben und mit unserer Zukunft zu tun. Übrigens geht es bei dieser neuen Beziehungsethik auch um unsere Beziehung zu unserer Jugend. Wenn ich an der Universität lehre und für mich feststelle, dass ich in meiner Jugend nichts davon gehört habe, weil die Erwachsenen das damals lieber verschwiegen haben, dann habe ich die Pflicht gegenüber der heutigen Jugend und meinen Studenten zu sagen, so ist es gewesen, und jetzt müssen wir damit klar kommen. Das ist die neue Beziehungsethik.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Seukwa bitte.

SV Prof. Dr. Louis Henri Seukwa (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich denke, dass sich die Sache quasi wiederholt, weil die Frage, worum es hier geht, letztendlich eine Frage der Werte ist.

Die Frage der Rehabilitation fußt auf Werten. Wir sagen, wir richten unseren Blick nach vorne. Es geht hier tatsächlich nicht um Schuldzuweisungen, es geht um die Übernahme von Verantwortung und zwar jetzt. Deshalb ist die Perspektive die der Versöhnung. Aber die Versöhnung hat eigentlich eine Grundlage, die Grundlage ist hier nicht die Moral. Wir vermischen hier Begriffe. „Moral“ oder „Moralismus“ sind eigentlich neutral. Wir reden hier von Ethik. Die Ethik als Metasprache von Moral ist das, was uns hilft, Moral zu

bewerten, ob etwas gut oder schlecht ist. Also, wir sagen, das, was passiert ist, ist nicht gut. Wir übernehmen heute Verantwortung, damit es Versöhnung gibt.

Wenn Sie mich nach den konkreten Schritten fragen, danach, wie man den Prozess konkretisieren kann, dann sagen wir, wir brauchen, erstens, die Anerkennung, dass das, was passiert ist, ein ungeheuerliches Unrecht gewesen ist. Das muss anerkannt werden. Der zweite Schritt ist die Entschuldigung: Es ist nicht gut, es darf nicht mehr passieren. Der dritte Schritt wäre eine symbolische Reparation. Ich wähle meine Worte ganz bewusst. Ich rede von Symbolik, denn, wie kann man dieses ungeheuerliche und über Jahrhunderte andauernde Unrecht reparieren? Das geht nicht. Es kann nur eine symbolische Geste sein. Das muss passieren. Deshalb ist der dritte Schritt der Schritt der Partnerschaft und des Dialogs, der mit den Nachkommen derjenigen, denen dieses Unrecht passiert ist, gegangen werden muss. Das heißt, Erinnerungskultur als politische Bildung ist angebracht, damit Völkerverständigung stattfindet. Wenn wir restituieren - damit möchte ich mich nicht zu lange aufhalten -, dürfen wir nicht die Haltung haben, dass wir stolz sind, etwas zurückzugeben. Nein, wir sind nicht in der Position, stolz auf irgendetwas zu sein. Wir haben ein Problem! Der Fehler ist nicht in der Situation, stolz zu sein. Nein, wir müssen ziemlich demütig sein in dem Prozess, damit etwas Gutes daraus wird.

Vorsitzende: Danke. Frau Staatsministerin Müntefering, bitte.

Staatsministerin **Michelle Müntefering** (Auswärtiges Amt): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Also zunächst einmal, lieber Herr Abg. Lindh, das Entscheidende ist die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und den Herkunftsgesellschaften. Das hatte ich ja gerade kurz angeschnitten, zumindest in der Haltung, mit der wir an die Sache herangehen. „Kooperation und Koproduktion“, was heißt das eigentlich genau? Was meinen wir damit? Es gibt unterschiedliche Projekte, die wir auf den Weg gebracht haben. Es sind ja einige anwesend, die diese Projekte mit umsetzen,



Herr Prof. Dr. Parzinger, aber auch Herr Prof. Vogel. Ich will das Beispiel Tansania nehmen. Wir haben es gerade geschafft, ein Memorandum of Understanding zustande zu bringen. Dafür wird die Zusammenarbeit genau besprochen und dann genau beschrieben. Es geht in Tansania auch um archäologische Projekte, es geht darum, Knochen von Dinosauriern auszugraben, es geht darum, dass wir 2020 gemeinsam mit Tansania eine große Ausstellung machen wollen, die wirklich zeigen soll, wie innovative Museumsarbeit heute geht. Darf ich schon verraten, Herr Prof. Vogel, was geplant ist? Wir sprechen beispielsweise darüber, dass ein großes 3D-Skelett eines Dinosauriers gezeigt werden soll. Es geht im Kern um eine moderne Art der Zusammenarbeit und darum, dass wir darüber sprechen, wie wir modern kuratieren können.

Was heißt beispielsweise eigentlich „Zirkulation von Objekten“? Und was heißt „Besitz“? Es geht darum, gegenseitiges Verständnis füreinander zu schaffen. Wir sehen in den Diskussionen vor Ort, die wir ganz konkret führen und organisieren, dass das Verständnis in den Herkunftsländern oft auch im Bereich der Kulturgüter ein anderes ist. Was sind eigentlich Kulturgüter in den verschiedensten afrikanischen Gesellschaften? Dabei habe ich im vergangenen Jahr selber unheimlich viel gelernt.

Genau darum geht es: in die Zukunft zu schauen und Zukunftsarbeit zu gestalten. Dazu können die Museen einiges beitragen. Im Übrigen sehen wir im Auswärtigen Amt, welchen Beitrag im Versöhnungsprozess mit Namibia kulturpolitische Zusammenarbeit leisten kann. Dazu nur ganz kurz: Sie wissen, dass wir Verhandlungen zur Bewältigung der gemeinsamen Vergangenheit führen. Ich kann sagen, dass sich die Gespräche in den letzten Monaten auch durch die kulturpolitischen Gesten positiv entwickelt haben, und ich hoffe, dass wir zu einem guten Ende miteinander gelangen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir steigen ein in die zweite Fraktionsrunde. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abg. Dr. Kappert-Gonthier, bitte.

Abg. **Dr. Kirsten Kappert-Gonthier** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Vielen Dank Ihnen, den Expertinnen und Experten, insbesondere auch für zwei Begriffe, die Sie, wie ich finde, ausgezeichnet gefüllt haben, nämlich den der „Verantwortung“ und den der „Demut“. Es ist ja die Grundvoraussetzung, dass wir uns diesem Prozess demütig und in einer Art Suchbewegung zunehmend weiter öffnen und eben nicht behaupten, dass wir schon alles besser wissen. Dafür ist notwendig, dass wir auch Deutungshoheit abgeben. Das haben viele von Ihnen so gesagt, dafür bin ich ausgesprochen dankbar. Sehr schön fand ich den Begriff der „kolonialen Aphasie“. Ich spreche ja von kolonialer Amnesie, also dem Gedächtnisverlust, und die Aphasie würde die Sprachlosigkeit bedeuten, möglicherweise hängt das eine mit dem anderen zusammen. Wenn wir weniger amnestisch und weniger aphasisch sind, also uns besser erinnern und besser sprechen können, haben wir das ganz herausragend den zivilgesellschaftlichen Initiativen zu verdanken. Das, finde ich, wird auch hier in den Statements deutlich und ist häufig adressiert worden.

Die erste meiner beiden abschließenden Fragen geht an Frau Prof. Dr. Habermas. Ich würde gern wissen, was Sie meinen, welche Maßnahmen besonders wichtig sind, um die Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes in die breite Gesellschaft zu tragen und welche Rolle dabei eine zentrale Stätte des Erinnerns und Lernens in Berlin spielen kann. Vielleicht mögen die anderen Expertinnen und Experten in ihrer Abschlussrunde auch etwas sagen zu einem solchen Ort, um die Debatte über unser koloniales Erbe entscheidend voranzubringen und in die breite Gesellschaft zu tragen.

Meine zweite Frage bezieht sich noch einmal auf die Ausgestaltung der Provenienzforschung. Da schaue ich besonders Frau Dr. Bauche, Herrn Prof. Dr. Seukwa und Frau Prof. Dr. Savoy an. Was muss man Ihrer Meinung nach tun, damit die Vertreter/-innen der Herkunftsgesellschaften angemessen an dem Prozess der Provenienzforschung beteiligt werden, und wie sollte ein solcher Dialog



institutionalisiert werden, damit er verbindlich hergestellt wird?

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abg. Ebbing noch einmal. Bitte schön.

Abg. **Hartmut Ebbing** (FDP): Auch von mir vielen Dank für die bisherigen Antworten. Ich hätte ganz gerne eine Nachfrage gestellt, die ich wahrscheinlich nicht stellen darf: Ich verstehe den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so, dass die Beweislastumkehr nicht erst dann gelten soll, wenn ein Antrag der Herkunftsländer vorliegt, sondern generell, also auch dann, wenn keine Anträge vorhanden sind. Ein Museum hat auch ohne Antragsvoraussetzung Kulturgüter zurückzugeben. Ich weiß nicht, ob ich den Antrag falsch verstehe oder ob er so gemeint ist.

Bevor ich meine Fragen stelle, würde ich gern noch einmal darauf hinweisen, dass ich es gut finde, dass wir uns in Deutschland mit dem Thema beschäftigen. Ich finde es auch gut, dass die Franzosen sich damit beschäftigen. Ich habe das Gefühl, dass in Frankreich die Beschäftigung mit dem Thema schon wieder vorbei ist und wir Deutschen uns nun damit beschäftigen. Gerade weil dieses Thema nicht einseitig deutsches Thema ist, schwebt mir vor und würde ich mir wünschen, dass wir dazu auf der europäischen Ebene einen intensiven Austausch herstellen, der bis jetzt, soweit ich weiß, noch nicht in Gang gesetzt worden ist.

Ich habe zwei Fragen, eine Frage an Frau Prof. Dr. Savoy: Die Académie des Beaux-Arts hat in der Antwort auf Ihre Empfehlung gesagt, dass es dem Prinzip der Unabdingbarkeit entspricht, dass Sammlungen, die in staatliche Obhut gelangt sind, strikt von einer Restitution auszuschließen seien. Sind Sie dazu schon in der Diskussion mit der Académie, wie gehen Sie damit um?

Herr Dr. Gryseels, was halten Sie von dieser Position?

Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion Frau Abg. Motschmann, bitte.

Abg. **Elisabeth Motschmann** (CDU/CSU): Frau Prof. Dr. Savoy, selbstverständlich hat jeder ein Recht auf kulturelles Erbe, hier, wie in jedem anderen Land. Ich verstehe nicht, warum Sie das bestreiten oder darin ein Problem sehen. Worin ich in der Tat ein Problem sehe, ist, dass Sie die Museen mit ganz großem Misstrauen betrachten, denn für mich sind die Museen der erste und der vorbildlichste Ort für die Provenienzforschung. Deshalb glaube ich nicht, dass wir das Thema voranbringen, wenn wir dieses Grundmisstrauen hegen. „Alles muss veröffentlicht werden, unabhängige Stellen müssen geschaffen werden“, ich bezweifle, dass uns das weiterhilft.

Ich habe eine Frage an Frau Prof. Dr. Ahrndt, weil Sie nicht nur wissenschaftlich ausgewiesen sind, sondern mit einem großen Museum auch an der Front stehen. Wie kann man stärker als bisher das Interesse von jungen Menschen wecken? Wir reden hier über etwas, wofür sich draußen kaum ein Mensch interessiert. Das müssen wir uns doch einmal klarmachen. Wir sind in einer Blase, wir haben ja Mühe, für das Dritte Reich und für die DDR-Diktatur das Interesse junger Leute zu wecken. Also, wie geht das bei unserem Thema im Zusammenspiel mit der Schule, im Zusammenspiel vielleicht auch mit den Museumsbesuchern?

Die zweite Frage: Herr Prof. Dr. Parzinger, mich beschäftigt die Frage, ob wir eigentlich von der wissenschaftlichen Ausbildung her gut, richtig und umfassend aufgestellt sind, um diesen Bereich in Zukunft zu erforschen. Es sind ja ganz viele verschiedene Disziplinen im Spiel. Es ist die Ethnologie, es sind die Historiker, es sind die Kunsthistoriker beteiligt. Gibt es schon einen Lehrstuhl, der das beinhaltet, der ein Studium generale mit Blick auf diesen Punkt bietet? Man müsste ja überlegen, ob man wissenschaftlich



schon richtig aufgestellt ist, weil es sich sicher um ein Thema der Zukunft handelt. Vielleicht auch an Sie die Frage: Wie gelingt es uns, die Fragestellung in die Bevölkerung zu vermitteln, denn die Bevölkerung interessiert sich bisher nach meiner Wahrnehmung noch sehr sehr wenig und viel zu wenig für das Thema?

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die Fraktion der AfD Herr Abg. Dr. Frömming, bitte.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für das Wort. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte noch einmal ein Thema zur Sprache bringen, das wir in der ersten Runde nur ganz am Rande gestreift haben.

Zum Umgang mit dem kolonialen Erbe gehört auch der Umgang mit dem immateriellen Erbe, insbesondere mit den überlieferten Namen. Ich möchte in dem Zusammenhang eine Frage an Frau Prof. Dr. Ahrndt als Historikerin adressieren und an Herrn Prof. von Pufendorf als ehemaligen Bürgermeister. Ich weiß nicht, ob Sie in den letzten Tagen einkaufen waren, vielleicht haben Sie eine Edeka-Filiale besucht. Ich weiß nicht, ob Sie dabei ein schlechtes Gewissen hatten, ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst war, dass „Edeka“ das Akronym ist für die „Einkaufsgenossenschaft der deutschen Kolonialwarenhändler“. Wenn man es nicht wusste und es jetzt weiß, kann man sich natürlich die Frage stellen, was man mit dem Wissen macht. Gründen wir eine Bürgerinitiative, um Edeka aufzufordern, sich umzubenennen? Ignorieren wir unser neu erworbenes Wissen einfach? Fordern wir Edeka vielleicht sogar auf, Reparationen nach Afrika zu zahlen, weil vielleicht die Vorgängerfirma vom Kolonialismus profitiert hat?

Szenenwechsel: In Berlin haben wir im afrikanischen Viertel eine große Debatte über die Umbenennung von Straßen. Dort gibt es Straßen, die zum Beispiel „Nachtigalstraße“ heißen. Viele Anwohner wussten bislang gar nicht, dass damit nicht der Vogel gemeint ist, auch wenn die Rechtschreibung hier etwas abweicht, sondern eben Gustav Nachtigal, der im kolonialen Kontext durchaus einen prominenten Namen hat. Die

Reihe ließe sich weiter fortsetzen. Auch in anderen Ländern sehen wir eine ähnliche Debatte.

Ich fand interessant, wie der franko-senegalesische Schriftsteller Karfa Diallo mit diesem Thema umgeht. Er ist eigentlich selber eher ein Aktivist, der bewusst an die Sklaverei und den Sklavenhandel erinnern will und die Erinnerungsarbeit in diesem Bereich sensibel und durchaus differenziert voranbringen will. Er hat zu dem Thema „Umbenennungen“ Folgendes gesagt: „Wenn man umbenennt, löscht man die Erinnerung aus. Diese Namen müssen bleiben, so dass niemand begangene Verbrechen vergisst. Erklärende Tafeln anzubringen wird die Aufgabe von Pädagogik und Justiz sein. Es handelt sich jedoch nicht darum, Schande über Städte und Familien zu bringen, weil Schuld glücklicherweise nicht erblich ist (wie es Ehre auch nicht ist), sondern weil es vielmehr darum geht, eine friedliche Erinnerungsarbeit fernab von jeder Reue anzustoßen.“

Damit verknüpft sich die Frage: Was sind Benennungen eigentlich? Sind Benennungen, die vielleicht vor 100 Jahren erfolgten, auch heute noch permanente Ehrungen, oder können wir Straßennamen auch als etwas anderes begreifen, als Erinnerungszeichen, als Mahnmale, die, wie das bis vor Kurzem auch hier im Wedding im afrikanischen Viertel gemacht wurde, mit Stelen versehen werden, so dass man erinnert, was mit diesen Namen eigentlich ursprünglich gemeint war? Oder ist es der bessere Weg, diese Namen einfach auszulöschen und zu hoffen, dass damit auch die Vergangenheit verschwände?

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Lindh, bitte.

Abg. **Helge Lindh** (SPD): Sternstunden bei Anhörungen sind für mich diejenigen, in denen wir uns nicht in unseren Überzeugungen bestätigt sehen, wir Sachverständige bitten, unsere Überzeugungen zu bestätigen und alle damit zufrieden sind,



dass wir nicht mehr wissen, als wir vorher schon wussten. Die Gefahr besteht, Gott sei Dank, heute nicht.

Deshalb glaube ich, dass es sinnvoll ist, eine etwas radikalere Perspektive zu eröffnen. Wir haben sogar, was paradox klingen mag, gute Voraussetzungen, weil wir als politisch Handelnde mit Asymmetrien von Macht umgehen können und wissen, dass sie sich fortsetzen, dass diese Asymmetrien beide Seiten der Macht – die Mächtigen und die weniger Mächtigen – zutiefst prägen, dass wir permanent mit Widersprüchen und Brüchen umzugehen haben. Ich will auch deutlich betonen, dass wir in Deutschland durch die sogenannte Vergangenheitsbewältigung – Frau Prof. Dr. Habermas führte das aus – die Voraussetzungen haben. Wir haben – gut, dass es sie gibt, schrecklich, dass es sie geben musste – reichlich Erfahrung. Das heißt, es sind durchaus Bedingungen gegeben, und wir haben keine Ausreden, uns nicht auseinanderzusetzen.

Wechsel im Vorsitz zu Abg. Johannes Selle

Für mich besteht die Erkenntnis aus dieser Anhörung darin, dass es einerseits natürlich nicht darum geht, einen Katalog abzuarbeiten und die Geschichte zu entsorgen. Das will auch niemand, der sich ernsthaft mit ihr auseinandersetzt. Andererseits geht es auch nicht darum zu zeigen, wenn wir restituieren, wenn wir erinnern, dass wir es besonders gut können, um dann womöglich wieder im neokolonialen Gestus den anderen auch noch zu erklären, wie sie kuratorisch arbeiten müssten oder wie sie zu erinnern hätten. Es kann nicht darum gehen, diese Haltung fortzuschreiben. Wir sind, glaube ich, gut beraten, im Bewusstsein zu handeln, dass die postkolonialen Strukturen uns jetzt in diesem Moment noch prägen. Sie prägen uns alltäglich, wenn wir über Flüchtlinge sprechen, sie prägen uns in unseren Wahrnehmungen. Es ist in der Tat so. Ich wollte diese Aspekte noch einmal benennen, bevor ich zu meinen Fragen komme.

Damit komme ich zu meiner Frage an Frau Prof. Dr. Habermas, dass wir uns in einer verflochtenen Geschichte des Kolonialismus bewegen, die eben

auch die Nachfahren der Täter geprägt hat, ohne dass uns das immer klar ist. Zutiefst ist auch dieses Land geprägt durch den Kolonialismus. Es kann das ausblenden, aber es ist da. Deshalb ist es das Gebot der Zeit, sich dessen bewusst zu werden. Deshalb wäre meine erste Frage und meine Bitte, auszuführen: Wie stellen Sie sich vor, wie aus dieser verflochtenen Geschichte Gemeinsamkeiten und etwas Neues erwachsen können? Sie haben sich dazu schon in einem Aufsatz mit Prof. Dr. Ulrike Lindner geäußert und vorhin in Ihrem Vortrag. Soweit Sie das als Geschichtswissenschaftlerin sagen mögen: Wie kann aus diesem Schrecken eine neue Art der Beziehung hervorgehen?

Die zweite Frage auch an Sie: Sie erwähnten vorhin Restitutionen ohne Rettungsnarrativ. Könnten Sie das präzisieren und sagen, was aus Ihrer Sicht der richtige und was der falsche Weg mit Rettungsnarrativ wäre?

Vorsitzender: Für die Fraktion DIE LINKE. Frau Abg. Barrientos, bitte.

Abg. **Simone Barrientos** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich habe jetzt unfreiwillig das Schlusswort unter den Abgeordneten. Ich will insofern kurz Bilanz ziehen. Mich lässt die Anhörung sehr nachdenklich zurück. Ich erinnere mich, ich mag 16 Jahre alt gewesen sein, dass ich Frantz Fanon, „Das kolonisierte Ding wird Mensch“, gelesen habe. Das Buch hat mich sehr geprägt. Ich habe es heute hier mit hergenommen, weil ich glaube, entscheidend ist, dass wir erkennen, dass es um deutlich viel mehr geht als nur um die Rückgabe von Kulturgütern. Es geht auch nicht um die Aufarbeitung des kulturellen Erbes, sondern es geht tatsächlich um die Anerkennung des unfassbaren Unrechts, das geschehen ist.

Wechsel im Vorsitz zu Abg. Katrin Budde

Es geht um die Verdinglichung von Menschen, die stattgefunden hat. Ich war dankbar, auch wenn es schmerzhaft ist, für die drastischen Ausführungen dessen, was passiert ist. Die Schilderungen waren, der knappen Zeit geschuldet, ja nur sehr kurz. Ich



glaube, dass solche Schilderungen sehr nötig sind, um dieses Unrecht zu begreifen. Ich frage mich, und das frage ich dann auch Sie, Frau Dr. Bauche, ob es sein kann, dass Kolonialismus deshalb nicht als Unrecht anerkannt wird, weil das dazu führen würde, dass man auch die Folgen von Kolonialismus, heute geschehendes Unrecht und das Wirken von Kolonialismus in die Gegenwart, also auch Rassismus heute im Umgang mit Menschen, auch den Umgang mit dem afrikanischen Kontinent als Unrecht anerkennen müsste, das ja immer noch stattfindet. Ich frage mich, was die Rückgabe von Kulturgütern betrifft – ohne die Ernsthaftigkeit in Frage stellen zu wollen und dass man wirklich versucht, auf Augenhöhe zu agieren –, wie glaubhaft das ist, vor dem Hintergrund, dass es ja mehr Politikfelder gibt als den Bereich der Kultur, nämlich auch Außenpolitik oder Entwicklungspolitik, wie es bei uns heißt. Da gibt es große Diskrepanzen. Wenn ein Entwicklungsminister mit einem Tross von Wirtschaftsleuten anreist, hat das ja auch Folgen.

Meine zweite Frage wäre, Frau Dr. Bauche, ob Sie ein Mahnmal für sinnvoll halten und welche Folgen es haben könnte. Ich persönlich glaube, da werden Sie mir vermutlich zustimmen, dass ein Mahnmal nicht reicht, sondern dass das, was vor uns liegt, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, und zwar nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische und letztlich eine globale. Die Auswirkungen des Kolonialismus in die Folgegeschichte der Menschheit sind ja nicht von der Hand zu weisen.

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir kommen damit in die Schlussrunde, und ich habe die unangenehme Aufgabe, auf die Zeit zu achten, weil wir die Anhörung bis 18.00 Uhr angesetzt haben. Ganz werden wir es nicht schaffen, aber wir werden deshalb die Schlussrunde auf zwei Minuten pro sachverständigem Gast beschränken müssen. Sie können nacheinander antworten und müssten überlegen, wie Sie die Fragen, die Sie bekommen haben, in diesen Zeitrahmen fassen. Ab 18.00 Uhr beginnen bei einigen der Kolleginnen und Kollegen schon die Anschlussveranstaltungen, und es nutzt

ja auch nichts, wenn Sie nachher hier mit mir alleine sitzen. Deshalb würde ich die Anhörung gern mit Ihnen gemeinsam zu Ende bringen und bitte als Erste Frau Prof. Dr. Ahrndt um ihren Beitrag.

SV Prof. Dr. Wiebke Ahrndt (Übersee-Museum Bremen): Herzlichen Dank. Dann versuche ich einmal, alles zu koppeln. Die Museen sind ganz grundsätzlich aufgefordert, sich mit der kolonialen Vergangenheit zu beschäftigen, unabhängig davon, ob sie überhaupt Sammlungen dazu haben. Es ist eine allgemeine Museumsaufgabe und eine allgemeine Bildungsaufgabe. Diese Aufgabe muss in jeder erdenklichen Form in die Gesellschaft getragen werden. Ich glaube, es ist dringend an der Zeit, dass wir uns mit Kolonialismus in jeglicher Form beschäftigen. Natürlich ist Berlin als Hauptstadt von ganz besonderer Relevanz, aber auch eine Stadt wie Bremen ist natürlich dabei. Die Beschäftigung mit dem Kolonialismus ist also ganz unverzichtbar, das steht außer Frage.

Wir sollten, das ist sicherlich deutlich geworden, die ganze Angelegenheit differenziert betrachten. Es ist eine hochkomplexe Geschichte, die wir alle gemeinsam mit zu tragen haben, und wir werden keine einfachen Antworten finden. Ich kann nur noch einmal betonen: Wir brauchen unbedingt ausreichend Mittel für Provenienzforschung in den Museen, nicht nur für die Kooperationen mit den Universitäten, die sehr willkommen sind. Auch in den Museen selber braucht es unbedingt eine entsprechende Ausstattung. Wir müssen dringend mit der Digitalisierung anfangen, denn ich habe gar nichts dagegen, dass die Bestände endlich alle online dokumentiert sind, im Gegenteil. Aber die Daten müssen mit Sinn und Verstand veröffentlicht werden, und ohne die entsprechende Finanzausstattung werden wir darauf noch sehr lange warten müssen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die meisten Herkunftsgesellschaften dringend mit uns kooperieren wollen und ich mehr Zeit damit bringe, den Menschen zu erklären, dass ich dafür leider kein Geld habe, als dass ich tatsächlich Ko



operationen aufnehmen kann. Also auch hier müssen wir vorankommen, das wäre mein drittes Petition.

Ich kenne tatsächlich keine Direktoren, die sich, wie Herr Prof. Dr. Parzinger schon sagte, berechtigten Rückgabeforderungen widersetzen würden. Rückgaben gab es, es wird sie weiter geben, sie sind in Deutschland möglich, das haben wir schon unter Beweis gestellt.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. Bauche, bitte.

SV Dr. Manuela Bauche (Freie Universität Berlin/Decolonize Berlin): Drei Fragen soll ich beantworten, ich versuche es kurz zu halten.

Ob Provenienzforschung wichtig ist, wie wichtig sie für eine umfassende Aufarbeitung ist und wie sie gestaltet sein sollte, war eine Frage. Wenn Sie darauf hinaus wollen, was ich herausgehört habe, dass es darum geht, auch die Expertise aus den Nachfolgestaaten in Provenienzforschung einzubinden, dann ja, dann antworte ich mit einem ganz klaren Ja. Ich bin allerdings ein bisschen skeptisch, wenn es jetzt darum geht, Provenienzforschung als den Schlüssel zu definieren, der die Frage beantwortet: Wie sollen wir eigentlich mit kolonialem Sammlungsgut umgehen? Aber dazu kann Frau Prof. Dr. Savoy noch Besseres und Fundiertes sagen. Die Zahlen – 60.000 Objekte in nur einem Museum – weisen schon darauf hin: Wie lange wollen wir denn eigentlich Provenienzforschung betreiben? Ich glaube, wir brauchen ein anderes Instrument und sollten uns zum Beispiel fragen, ob das Instrument der Beweislastumkehr nicht eigentlich das Richtige wäre, um zu einem adäquaten Umgang mit kolonialem Sammlungsgut zu kommen.

An Kolonialismus wird nicht erinnert, weil es auch darum geht, die Folgen von Kolonialismus, wie zum Beispiel Rassismus, nicht aufzuarbeiten: Diese Frage ist groß und schwierig, aber, ich denke, es deutet viel auch auf ein Ja hin. Ich möchte nur ein konkretes Beispiel nennen. Natürlich wirkt kolonialer Rassismus fort, ein ganz konkretes Beispiel dafür ist antischwarzer Rassismus.

Wir hatten 2017 den Bericht der UN-Menschenrechtskonvention, der noch einmal dringend ange mahnt hat, dass sich in Deutschland die Bundesregierung mit dem Rassismus gegenüber schwarzen Menschen auseinandersetzen muss, der in Form von Praktiken wie Racial Profiling stattfindet, die ja von staatlichen Organen ausgeführt werden. Bisher gibt es keine ordentliche Antwort auf diesen Menschenrechtsbericht, und es sind noch keine Instrumente vorgelegt worden, wie damit umgegangen werden soll. Natürlich ist beides verknüpft oder muss zusammen bearbeitet werden.

Letzte Anmerkung zum Mahnmal: Ja, sicher reicht ein Mahnmal nicht, aber ich glaube ein Mahnmal ist trotzdem eine wichtige symbolische Geste und eine wichtige Geste um klarzumachen, dass Kolonialismus als Unrecht anerkannt wird. Zudem ist das keine Idee, die erst jetzt aufgekommen ist, sondern seit nunmehr fast 15 Jahren setzt sich das Komitee für ein afrikanisches Denkmal in Berlin (KADIB) damit auseinander und fordert die Errichtung eines solchen Denkmals. Es ist dringend an der Zeit, diese Forderung zu erfüllen, wenn die Aufarbeitung kolonialen Unrechts wirklich als Staatsraison verstanden wird.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Gryseels, bitte.

SV Dr. Guido Gryseels (Königliches Museum für Zentralafrika): Vielen Dank. Ich möchte ein paar Anmerkungen machen.

Zunächst: Nicht alle Sammlungen, die wir bei uns haben, sind hochwertige Kunst. Zwar haben wir eine der größten Sammlungen der Welt (135.000 Objekte), aber die meisten Objekte sind anthropologische Gegenstände wie Messer, Gabeln, Teller und Töpfe. Es sind also nicht alles Spitzenkunstwerke, nicht alle Objekte finden Eingang in die Restitutionsdebatte.

Zweitens möchte ich Herrn Abg. Heveling antworten. Er wollte wissen, ob öffentliche Einrichtungen von der Restitution ausgenommen sein sollten. Ich würde das verneinen. Ich bin der Ansicht,



dass die Geschichte jener Kolonialisten auch unsere Geschichte ist. Uns verbindet ein gemeinsames Erbe, sie sind moralisch die Besitzer, und wir sind derzeit die rechtmäßigen Besitzer. Ich meine, wir sollten uns zusammensetzen und konstruktiv darüber diskutieren, was wir wirklich wollen. Im Kongo und in Ruanda sagte man mir, erstens, nicht, dass man Restitution um der Restitution willen wolle. Dort will man zuerst die eigenen Kapazitäten stärken. Zweitens sprach man dort über Restitution im Zusammenhang mit der Vervollständigung der Sammlungen, die man hat, damit es mehr repräsentative Sammlungen gibt, als dies derzeit der Fall ist. Wir haben hier in Tervuren Objekte, die es im Kongo nicht gibt. Und die sollten natürlich als Erstes zurückgegeben werden, besonders wenn es sich um Kriegsbeute handelt oder sie geraubt wurden.

Als Drittes möchte ich gerne anmerken, dass ich sehr viel Sympathie für das Eckpunkte-Papier habe, auf das man sich vor ein paar Tagen hier in Deutschland geeinigt hat. Ich bin sehr beeindruckt und finde, dass alles in die richtige Richtung geht. Anmerken möchte ich nur, dass damit Kosten verbunden sind, und zwar erhebliche Kosten. Wenn man das richtig umsetzt, werden sich die Kosten auf einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe belaufen. Wenn die Politik also diese Richtung einschlagen will, stehen wir voll dahinter, ich für meinen Teil stehe jedenfalls voll dahinter. Aber es wird einiges an Geld kosten, das kann ich Ihnen sagen.

Und nun zum letzten Punkt: Viele der Themen, über die wir sprechen – Digitalisierung, Restitution, Provenienzforschung oder auch der Ausbau nationaler Kapazitäten – sind Dinge, die wir im internationalen Kontext angehen können. Nächstes Jahr übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Ich würde es sehr befürworten, wenn es die Initiative ergreifen und die Ratspräsidentschaft dafür nutzen würde, diese Themen auf die EU-Agenda zu bringen.

Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Dr. Habermas, bitte.

SV Prof. Dr. Rebekka Habermas (Georg-August-Universität Göttingen): Zuerst möchte ich auf die Frage nach der Erinnerungsstätte antworten. Ich halte es für absolut unerlässlich, dass eine solche Erinnerungs-, Bildungs- und – das möchte ich gerne betonen – Forschungsstätte hier in Berlin entsteht. Es ist, das ist schon gesagt worden, ein Skandal im Angesicht dessen, was in Sachen NS- und DDR-Gedenken, aber auch zum Vertriebenen-gedenken in der Bundesrepublik passiert, dass es eine solche Stätte noch nicht gibt. Ich halte es aber für sehr wichtig, dass darüber diskutiert wird, bevor ein solches Mahnmahl errichtet wird, das diese Stätte ergänzen könnte. Es geht um den Prozess der Auseinandersetzung. Diese Diskussion muss auf einer europäischen Ebene und mit den ehemaligen kolonisierten Ländern geführt werden. Diese Debatte ist ja das, worum es eigentlich geht. Die Debatte ist die Auseinandersetzung, die wir dann automatisch in die Schulen hineintragen müssen, in denen ich einen zweiten ganz großen Ort sehe.

Zu der verflochtenen Geschichte: Also, ich muss sagen, das ist etwas, was in der Thematisierung von Kolonialgeschichte immer etwas zu kurz kommt, weil es schnell in einen etwas komischen Kanal geraten kann. Es ist über die Maßen wichtig, sich darüber klar zu werden, dass die europäische Geschichte eine Geschichte ist, die im Kern mit dem Kolonialismus verbunden ist und zwar, zynisch gesprochen, auch im Guten. Die „Les Femmes d'Alger“ von Pablo Picasso wären nicht möglich gewesen ohne die Masken der Fang in Paris. Das ist ganz einfach so. Emil Nolde hat seine wichtigsten Eingebungen auf einer Südsee-Pazifik-Expedition gewonnen, die er im Auftrag des Kolonialamtes unternommen hat, wobei er Aufträge ausführen sollte, die alles andere als loblich gewesen sind. Das heißt, das, was wir als Errungenschaften der europäischen Moderne zu Recht feiern, ist etwas, was auch im kolonialen Kontext mit zu verantworten ist. Das ist verflochtene Geschichte, das ist wichtig. Sich damit auseinanderzusetzen nimmt auch ein wenig von dem manchmal überschäumenden Selbstlob, das Europa gerne vor sich hertreibt.



Zum Rettungsnarrativ: Ich glaube, es ist einfach sehr wichtig zu verstehen, dass das Rettungsnarrativ im Kern besagt, Europa hätte Dinge gerettet. Das ist im Kern ein Narrativ, das wir in der Entwicklungshilfe hegen, das aus der Mission kommt. Das ist ein Narrativ, das zeitgenössisch gewesen ist. Um 1900 sind die Ethnologen und Forschungsreisenden nach Afrika und Ozeanien gefahren, um die Dinge zu retten, weil sie glaubten, die Menschen sind sowieso dem Untergang geweiht – das ist die zeitgenössische Theorie, Perspektive – dann haben wir wenigstens die Dinge gerettet. Das ist koloniale, zeitgenössische Rhetorik. Darüber muss man sich klar sein, wenn wir heute auf der Museumsseite manchmal dieses Rettungsnarrativ hören. Es sind die Missionare gewesen, es sind die Forschungsreisenden gewesen, die die Objekte zerstört haben, weil sie vermeintliche Verweise auf den Fetisch darstellten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Parzinger bitte.

SV Prof. Dr. Hermann Parzinger (Stiftung Preussischer Kulturbesitz): Ich möchte zunächst auf die Frage von Frau Abg. Motschmann antworten. Die wissenschaftliche Ausbildung an Universitäten ist in der Tat wichtig. Wir haben ja gelernt, wie lange es gedauert hat, bis Lehrstühle für Provenienzforschung in Bezug auf NS-Raubkunst im Kontext der Kunstgeschichte eingerichtet worden sind. Inzwischen gibt es Lehrstühle an vier oder fünf Universitäten. Jetzt bedarf es, die Ausbildung in diese Bereiche auszuweiten. Aber noch wichtiger ist eine gewisse Nachhaltigkeit. Als SPK finanzieren wir jetzt dieses Projekt, in dem es um die Aufarbeitung der Human Remains aus Ostafrika geht, mit Drittmitteln. Nach drei Jahren ist das Projekt im Herbst zu Ende. Jetzt kommt das nächste Projekt, und ich muss sehen, wie ich die Leute weiterbeschäftigen kann und telefoniere mit Stiftungen, weil eine Kompetenz angewachsen ist, die wichtig ist, wenn man sich dem nächsten Bestand zuwendet. Ich glaube, wir müssen an die Ausbildung denken, wir müssen aber auch daran denken, dass es Nachhaltigkeit braucht und dass man die Dinge weiter betreibt.

Zum Abschluss will ich kurz noch sagen, dass die

Museen, denke ich, ihre Aufgabe erkannt haben. Es gibt ja Stiftungs- und Aufsichtsräte und natürlich nicht zuletzt auch die Öffentlichkeit, die auch in der Zukunft darauf achten werden, wie mit dem Thema umgegangen wird. Ich denke, es ist schon Einiges geschehen und Weiteres wird geschehen. Aber Museen haben noch eine andere Rolle. Ihre wichtige Aufgabe ist nicht nur die Aufarbeitung ihrer Sammlung, der Kontexte und der Provenienzen sowie der Konsequenzen daraus, sondern ihre Aufgabe ist auch die Aufklärung darüber. Das wird ein wichtiger Punkt im Humboldt Forum sein. Kolonialismus wird dort mit Blick auf alle möglichen Kontinente thematisiert werden. Das ist ganz ganz wichtig. Und noch einmal: Zwei Kuratoren aus Tansania werden dort den Maji-Maji-Krieg mit Objekten darstellen. Wer in Deutschland, der nichts von Kolonialgeschichte weiß, hat von diesem Phänomen schon etwas gehört? Ich glaube, Aufklärung ist zentral und auch dazu können die Museen eine Menge beitragen mit Darstellungen über kulturelle Leistungen und über kulturelle Entwicklungen weltweit. Ich glaube, ganz wichtig, wenn wir vom Rassismus wegkommen wollen, ist, dass ich anerkenne, was es auf anderen Kontinenten zu anderen Zeiten an Entwicklungen gegeben hat und welche Leistungen vollbracht wurden.

Was mich wundert, ist, dass es eine öffentliche Ideendebatte, wie ein solcher Erinnerungsort aussehen soll, bislang noch nicht gibt. Ich glaube, es wäre jetzt an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen. Es herrscht ja ein weitreichender Konsens, dass ein solcher Ort notwendig ist.

Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. von Pufendorf, bitte.

SV Prof. Ludwig von Pufendorf (Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt): Die Frage zu den Straßenumbenennungen trifft auf einen aktuellen Bericht der F.A.Z. vom heutigen Tage, in dem über Straßenumbenennungspläne in den Bezirken geschrieben wird. Ich finde, es ist eine wunderbare Gelegenheit, in solchen Fällen, in denen Straßen noch



nach Persönlichkeiten benannt sind, die Verbrechen in den Kolonien begangen haben, diese Persönlichkeiten zur Diskussion zu stellen. Wir müssen die Bürger mit einschalten, diesen das Thema nahebringen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Wir sollten nur auch eine gewisse Souveränität und das Maß bewahren, dass hier nicht, wie am Beispiel der Petersallee geschildert, das Maß verlorengeht. Ein Peters war in der Tat ein Ungeheuer. Das war der Grund, warum im Jahr 1986, so steht es in der *F.A.Z.* zu lesen, der Bezirk beschlossen hat, die Straße nach dem Widerständler und Verfassungsrechtler Hans Peters zu benennen, der immerhin nach dem Krieg an der Verfassung Berlins mitgewirkt hat. Diesen Namen nun auszulöschen, halte ich für völligen Unsinn. In solchen Fällen können wir die Bürger eben nicht mitnehmen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Prof. Dr. Savoy, bitte.

SV Prof. Dr. Bénédicte Savoy (Technische Universität Berlin): Herzlichen Dank. Zur Frage, was die Entwicklungen in Frankreich angeht, kann ich vielleicht sagen, dass wir im engen Kontakt stehen mit Bruno Studer, Président de la Commission des Affaires culturelles et de l'Éducation de l'Assemblée nationale. Sobald Falwine Sarr wieder in Europa ist, werden wir auch dort eine Anhörung terminieren. Also, es läuft weiter, es läuft vielleicht nicht in dem hier in Deutschland oder auch von mir gewünschten Rhythmus weiter, aber es läuft.

Zum Misstrauen gegenüber den Museen wollte ich an dieser Stelle sagen, dass es meinerseits überhaupt kein Misstrauen, sondern eine große Liebe den Museen gegenüber gibt. Ich weiß, dass Museen Orte der Befruchtung sind, Frau Prof. Dr. Habermas hat das erwähnt. Sie sind Orte der Kreativität, an denen ein Picasso und andere sich entzündet haben. Genau deswegen wünsche ich mir, dass die Jugend in den Ländern, in denen diese Masken der Fang fehlen, sich auch daran entzünden können.

Unsere Kollegen aus Afrika werden oft mit dem Rettungsnarrativ, „Wir haben die Objekte für euch

gerettet“, konfrontiert. Wir hören das oft in Gesprächen mit ihnen. Sie antworten auf dieses Klischee, indem sie sagen: „Ja, vielleicht ist Sammlungsgut 100 Jahre gerettet worden. Aber in dem Augenblick, in dem wir es zurückhaben wollen, weil wir unsere Kreativität daran entzünden wollen, warum sollte man dann Nein sagen?“

Das beste Beispiel für meine Liebe zu Museen lässt sich mit Hilfe meines linken Nachbarn, Herrn Prof. Vogel, zeigen, der die Publikation „Dinosaurier Fragmente“ mitgebracht hat. Ein Autor, Holger Stocker, sitzt oben auf der Tribüne. Das Buch war eine Kooperation zwischen der Technischen Universität, der Humboldt-Universität und dem Museum für Naturkunde in Berlin. Wir haben die Provenienzgeschichte des Dinos aufgedeckt. Es war ein großartiges Projekt, und das Buch ist ungefähr das Schönste, was Sie heute Abend lesen können – neben der *F.A.Z.*

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Dr. Seukwa, bitte.

SV Prof. Dr. Louis Henri Seukwa (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Als Erziehungswissenschaftler denke ich, dass die ganze Diskussion tatsächlich in die Öffentlichkeit gebracht werden muss. Wir müssen das Thema von der Museendiskussion befreien, damit es in die große Öffentlichkeit kommt. Dann können wir es als Anlass nehmen, um das Publikum zu sensibilisieren, statt es in zivilgesellschaftliche Nischen zu klausulieren. Wichtig ist dabei, dass auch von offizieller Seite etwas passiert. Ich denke zum Beispiel an Beschlüsse der Kultusministerkonferenz (KMK), die die Bundesländer dazu verpflichten kann, ihre Lehrbücher und Lehrpläne dahin gehend zu ändern, dass sie auch den Kolonialismus qualitativ und quantitativ angemessen thematisieren. Das ist das eine.

Das andere ist die Frage der Finanzierung. Ich glaube, wir brauchen genug Geld, um Initiativen zu finanzieren, die dazu beitragen, Erinnerung und Versöhnung als politische Bildung in der Gesellschaft zu betreiben.



Das dritte ist die Forschung. Forschung ist wichtig. Wir haben es schon gehört, dass das Thema zu wichtig ist, als dass es nur eine Sache der Kunsthistoriker, der Historiker oder der Ethnologen alleine wäre. Wir brauchen tatsächlich Forschungsformen im Sinne von Sonderforschungsbereichen: Wo bleibt die Religion, wo bleiben die Sprachwissenschaften, wo bleibt all dieses Wissen? Wir brauchen Sonderforschungsbereiche, die sich dem Thema pluri- und transdisziplinär widmen und ihre Ergebnisse und Strategien dem Publikum darstellen, damit es diskutiert wird. So können wir das Thema ein bisschen entdramatisieren und es zum Anlass nehmen, um Menschen zu informieren. Letztendlich geht es um eine Frage der Versöhnung. Viele Menschen fragen sich, was das sind, „die Werte“. Wir haben Grundwerte, und die Menschen merken, dass diese Werte sich nicht gleich anwenden lassen auf andere Menschen. Das ist das Thema Rassismus usw. Das ist das Problem. Die junge Generation hat ein Problem damit.

Das ist der Grund, warum wir das Thema in die Öffentlichkeit bringen müssen und nicht nur in quasi esoterischen Kreisen diskutieren sollten.

Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Vogel, bitte.

SV Prof. Johannes Vogel (Museum für Naturkunde Berlin): Ich kann mich Vielen anschließen, was hier besprochen worden ist und möchte mich auch ganz herzlich bedanken, dass Sie von Seiten der Politik dieses Thema aufgreifen, weil die Vergangenheitsbewältigung auch meiner Ansicht nach eine sehr wichtige politische Debatte ist, die geführt werden muss.

Museen können dazu beitragen, aber vielleicht erst wenn die Politik und die Gesellschaft durch die Vergangenheitsbewältigung einen Handlungsrahmen schaffen, in dem wir noch besser arbeiten können. Wir versuchen, und Sie haben jetzt mehrere Beispiele gehört vom Bremer Übersee-Museum, von der SPK oder auch von uns, dem Museum für Naturkunde, wie wir uns diesen Herausforderungen stellen, indem wir Forschung initiieren. Die Dinosaurier sind weltweit sehr berühmt. Es gibt drei, vier oder fünf Bücher zur Geschichte

der Grabung aus paläontologischer Sicht. Hier wurde jetzt von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Team initiiert, sich den politischen, historischen, kulturellen, afrikanologischen Gesichtspunkten dieser Sache zu widmen. Wir haben jetzt ein viel besseres Bild über die Sache und damit eine Grundlage, wie wir mit den Objekten weiter nach vorne gehen können.

Ich möchte aber noch einmal gerade für das Thema „Natur“ betonen: Es steht uns gut an, uns um den Schutz und die nachhaltige Nutzung dieser einmaligen Ressource zu kümmern, die es nur auf diesem Planeten gibt. Um die Natur zu schützen, muss wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschaffen werden. Ich glaube, das kann man auch mit Vielem belegen, was heute hier gesagt wurde. Das ist eine ganz wichtige Sache. Ich kann wirklich nur dazu drängen, dass diese beiden Aspekte betrachtet werden und hier nicht die Sachen vermischt werden.

Danke schön.

Vorsitzende: Vielen Dank.

Ich will mich an dieser Stelle für alle Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses sehr herzlich bei Ihnen als Sachverständigen bedanken. Sie sind teilweise von weither angereist, und es tut uns wirklich leid, dass wir zeitlich so reglementieren mussten, aber wir müssen im Rahmen bleiben. Es ist jeder Fraktion unbenommen, die Diskussion weiter zu führen und zu vertiefen, Sie noch einmal einzuladen und das Gespräch fortzuführen. Wir wissen alle, dass es Handlungsbedarf gibt und das Parlament einer der Treiber sein muss, um das Ganze fortzuentwickeln und zu befördern, weil es um gesetzliche Grundlagen, um Geld, aber eben auch um Öffentlichkeit in ganz vielen Gruppen geht.

Meinen herzlichen Dank Ihnen noch einmal im Namen von uns allen. Wir freuen uns auf die weitere Debatte und sind jede und jeder in ihrer oder seiner Funktion, an ihrer oder seiner Stelle gefordert, das Thema voranzubringen. Parallel zu den ganzen anderen Themen der Erinnerungskultur ist



das Thema „koloniale Erinnerungskultur“ eines, das am wenigsten präsent ist, das aber notwendigerweise präsenter werden muss. Insofern, vielen Dank!

Ich will noch sagen, dass der Ausschuss sich natürlich noch einmal mit den Anträgen beschäftigt. Wir stimmen heute nicht über die Anträge ab, sondern setzen sie natürlich noch einmal auf die Tagesordnung. Es gibt ja auch schon Ankündigungen, dass offensichtlich noch weitere Anträge hinzukommen. Wir werden dann sehen, wie wir weiter damit umgehen und wann wir diese Vorlagen

abschließend zur Beratung auf die Tagesordnung einer Ausschusssitzung haben. In jedem Fall werden die Ergebnisse der Anhörung, so schnell es geht, online gestellt, auch als Wortprotokoll. Nachsehen und -hören können Sie alles jetzt schon, weil die Veranstaltung ja in der Mediathek zu sehen und zu hören ist.

Vielen Dank und einen guten Nachhauseweg.

Schluss der Sitzung: 18:05 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende